

banken magazin

AUS LIECHTENSTEIN | Ausgabe 12 | Oktober 2009

CO₂

Ein Gas bewegt die Welt

OECD-STANDARDS

Gestern, heute und morgen

INTERVIEW

Katja Gey über die internationalen
Verhandlungen Liechtensteins



LIECHTENSTEINISCHER
BANKENVERBAND

3	BANKEN SPLITTER News
<hr/>	
5 9	BANKEN SPEZIAL CO ₂ – ein Gas bewegt die Welt Stichwort: Emissionshandel
<hr/>	
12	BANKEN INTERNATIONAL EXPO 2010 Shanghai: Dialog und Respekt
<hr/>	
16 21	BANKEN BACKGROUND OECD-Standards: Gestern, heute und morgen Das Tempo ist beachtlich <i>Interview mit Katja Gey</i>
<hr/>	
24	BANKEN POLITIK Das neue Europa
<hr/>	
26	BANKEN PLATZ Liechtenstein – dynamischer Fondsplatz im Herzen Europas
<hr/>	
29	BANKEN KÖPFE Bank Vontobel (Liechtenstein) AG: Ruth Egeter-Woerz



Michael Lauber

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Die weltweite Dynamik erfasst nicht nur die Finanzplätze. Ganze Volkswirtschaften sind ihr unterworfen und müssen wegweisende Entscheidungen treffen. Nach den Wahlen zum EU-Parlament und der Zustimmung Irlands zum Reformvertrag nutzt die EU ihre neue Handlungsfähigkeit zur Reform der europäischen Finanzarchitektur (S. 24). Diese Reformen werden auch dem fortschreitenden Klimawandel Rechnung tragen. Ein gemeinsames Vorgehen aller Staaten auf dem Gebiet des Emissionshandels wird langfristig unumgänglich sein (S. 5). Liechtenstein hat die Weichen für die Zukunft gestellt, um ein stabiler Standort zu bleiben. Dazu gehören nicht zuletzt auch die OECD-Standards, deren Anerkennung Anfang 2009 inzwischen in mehreren Abkommen mündete. Doch was genau bedeutet dies? (S. 16). Auch wurde die Chance ergriffen, den Finanzplatz zu einem modernen Fondsstandort auszubauen, der von den Vorteilen, die der EWR und jahrelange Erfahrungen mit sich bringen, profitiert (S. 26). Eine Vorwärtsstrategie, die aufgeht. Wir wünschen spannende Lektüre.

Michael Lauber, Geschäftsführer

News



TIEA mit Irland unterzeichnet

Vertreter Liechtensteins haben am 13. Oktober 2009 in Dublin das Tax Information Exchange Agreement (TIEA) mit Irland unterzeichnet. Das am 21. September 2009 beschlossene Abkommen sieht unter anderem Amtshilfe auch bei Steuerhinterziehung vor. Diese Übereinkunft ist die jüngste von zehn abgeschlossenen Abkommen, darunter zwei Doppelbesteuerungsabkommen und acht TIEAs. In den letzten zwei Monaten hat die liechtensteinische Verhandlungsdelegation nach den USA mit dem Vereinigten Königreich, Luxemburg, Deutschland, Andorra, Monaco, Frankreich, San Marino, St. Vincent and the Grenadines Verhandlungen geführt.



Thomas Piske

Präsidenten-Wechsel beim LBV

Seit dem 25. August 2009 steht der bisherige Vizepräsident Thomas Piske (LGT) dem LBV als Präsident vor. Adolf E. Real hat mit seinem Ausscheiden aus der VP Bank auch das Amt des Präsidenten des LBV statutenbedingt übergeben. Der LBV bedauert das Ausscheiden von Adolf E. Real sehr. Er hat massgeblich dazu beigetragen, das Ansehen und Gewicht des Verbandes im In- und Ausland zu fördern. Die Reputation und die Zukunftsfähigkeit des Bankenplatzes waren ihm zentrale Anliegen, die er in das Zentrum seiner Aktivität gestellt hat.



Bankenverband in neuen Räumen

Der LBV ist am 2. Oktober 2009 in seine neuen Geschäftsräume umgezogen. Das grosszügige Büro in der Austrasse 46 in Vaduz bietet die nötige Infrastruktur auch für grössere Anlässe und Besprechungen, die bislang aus Platzgründen ausgelagert werden mussten. Die Telefon- und Faxnummern bleiben gleich.

Hypo Investment Bank (Liechtenstein) verkauft

Die Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG hat ihre Liechtensteiner Tochtergesellschaft an die Schweizer Bankengruppe Valartis verkauft. Über den Verkaufspreis wurde Stillschweigen vereinbart. Die Valartis Gruppe ist eine in Zürich, Genf und Wien ansässige Bankengruppe mit Geschäftsstellen in Moskau, St. Petersburg und Luxemburg. Die Muttergesellschaft, die Valartis Group AG, ist an der Schweizer Börse kotiert. Die Hypo Investment Bank (Liechtenstein) beschäftigt 49 Mitarbeitende und verwaltet Kundenvermögen in Höhe von CHF 1,6 Mrd.



LIFE: Erfolgreicher Anlass zum Thema CO₂-Emissionshandel

„CO₂-Emissionshandel: Perspektiven und Erfahrungen von Marktteilnehmern“ – unter diesem Motto fand am 9. Oktober 2009 an der Hochschule Liechtenstein die zweite Veranstaltung der LIFE Klimastiftung Liechtenstein statt. Ziel der Veranstaltung war es, den Emissionshandel aus Sicht von Praktikern darzustellen und Erfahrungen auszutauschen. Trotz Herbstferien stiess die Veranstaltung auf sehr gute Resonanz. Rund 80 Interessierte aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aus dem In- und Ausland kamen zu dieser Veranstaltung.

Michael Lauber, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes und Stiftungsratsvizepräsident der LIFE Klimastiftung Liechtenstein, betonte in seiner Begrüssung, dass an der kommenden Klimakonferenz in Kopenhagen eine Einigung elementar sei. Nur gemeinsam könne die Staatengemeinschaft den Klimawandel bekämpfen. Der Emissionshandel beinhalte zudem auch Chancen für den Finanzplatz. „Diese Chancen müssen wir für unseren Finanzplatz nutzen – vor allem in dieser Zeit, in der es um eine Neuausrichtung geht“, sagte Michael Lauber weiter.

Dr. Klaus Tschüscher, Regierungschef und Stiftungsratspräsident

der Klimastiftung berichtete von Gesprächen, die er anlässlich des UN-Klimagipfels in New York führen konnte. Der Klimaschutz stehe ganz oben auf der Weltagenda. Der politische Wille, jetzt gemeinsam in dieser Schicksalsfrage aktiv zu werden, sei spürbar gewesen. Es gehe beim Klimawandel auch um existenzielle Fragen. „Wenn wir jetzt nicht handeln, riskieren wir eine Katastrophe“, zitierte Tschüscher den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. Tschüscher betonte, dass gerade auch kleine Staaten wie Liechtenstein Verantwortung übernehmen müssten. Zugleich könnten mit dem Emissionshandel Anreize geschaffen werden, damit auch Private in den Klimaschutz investierten. Elementar für die Teilnahme am Emissionshandel sei dabei „capacity building“, so Tschüscher weiter.

Michael Novoszad, Managing Director der Climate Corporation, führte in die Funktionsweise des Emissionshandels ein und gab einen Überblick über die aktuelle Marktsituation. Danach erläuterte Marcel Hanakam von RWE Power AG die Entwicklung des globalen Emissionshandels aus Sicht eines europäischen Energieversorgers. Der internationale Emissionshandel sei ein Erfolgsprinzip der Marktwirtschaft, zog Hanakam Bilanz. Beide, sowohl Novoszad wie auch Hanakam, sehen im CO₂-Handel einen wachstumsträchtigen Zukunftsmarkt. Ein Markt, der auch Chancen für kleinere Nischenplayer bietet. Unternehmen können nicht nur vom Handel im eigenen Land profitieren, sondern auch von Emissionsreduktionen vor allem in Entwicklungsländern.

Zum Schluss gab Dr. Patrick Insinna eine Einführung in die praktische Handhabung des Liechtensteinischen Emissionshandelsregisters. Mit dem Zugang zum EU- und UN-Emissionshandel sowie einem effektiven und kostengünstigen Emissionshandelsregister bietet Liechtenstein ideale Standortvorteile.

CO₂ – ein Gas bewegt die Welt

Klimawandel und Klimaschutz sind in aller Munde. Auch nach dem UN-Klimagipfel in New York Mitte September 2009 ist nicht klar, mit welchem Ausgang an der Klimakonferenz in Kopenhagen zu rechnen ist. Zahlreiche Staaten treiben ihre Bestrebungen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses unabhängig davon auf nationaler Ebene voran. In den vergangenen vier Jahren hat sich das CO₂-Marktvolumen mehr als verzehnfacht. Ein weiter wachsender Markt, an dem sich auch namhafte Industrie- und Finanzunternehmen bereits beteiligen.

von Sven Braden (Amt für Umweltschutz), Simon Tribelhorn und Christoph Weder (LBV) und Wilfried Amann (Hochschule Liechtenstein)

In der Zeit vom 7. bis 18. Dezember 2009 findet in Kopenhagen die Klimakonferenz statt. Ziel der Klimakonferenz ist es, einen Nachfolgevertrag zum Kyoto-Protokoll zu beschliessen. Die Verhandlungen gestalten sich jedoch als äusserst komplex und schwierig. Dass eine erhebliche Reduktion von Treibhausgasen erforderlich ist um eine langfristige und desaströse Erhöhung der globalen Mitteltemperatur zu vermeiden, ist mittlerweile allgemeiner Konsens. Doch wenn es zu konkreten Reduktionszusagen innerhalb der Staatengemeinschaft kommen soll, ist sich jede Nation selbst die nächste. So gewinnen beispielsweise die Volkswirtschaften China, Australien und Polen über 75 Prozent ihrer Energie aus der Verbrennung von Kohle. Eine schnelle Umstellung auf klimafreundlichere Energiegewinnung darf hier nicht erwartet werden. Auch das Interesse an weltweiten Energieeffizienzstandards dürfte bei Staaten wie Saudi Arabien aus wirtschaftlicher Sicht eher gering ausfallen, wird hier doch der grösste Teil des Bruttoinlandproduktes aus dem Verkauf von Öl generiert. Alle diese Staaten haben berechnete Interessen, dass ihre jeweiligen wirtschaftlichen und industriellen Ist-Zustände berücksichtigt werden. Die Zusammensetzung nationaler Industriegegebenheiten hat entscheidenden Einfluss auf das Verhandlungengagement des jeweiligen Staates.

Die Komplexität der nun bevorstehenden Verhandlungen darf aber nicht den Blick darauf verstellen, was im Bereich Klimaschutz und Energieentwicklung innerhalb der letzten Jahre geschehen ist. Ein Grund zur Resignation deshalb besteht nicht. Unabhängig von den Entwicklungen auf UN-Ebene hat beispielsweise die EU

– immerhin ein Wirtschaftsraum mit einer Bevölkerung von 500 Millionen Menschen – Ende 2008 ein Klimapaket beschlossen, welches bezweckt, die Treibhausgase um 20 Prozent zu senken, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern und eine Quote für erneuerbare Energien von 20 Prozent zu erreichen. In den USA werden derzeit ähnliche Programme aufgelegt und auch China, Mexiko und Südkorea arbeiten an nationalen Klimaprogrammen. Eine globale Koordination dieser regionalen Programme wäre nicht nur aus Effizienzgründen wünschenswert – und Kopenhagen bietet die Chance hierfür.

„Post-Kyoto Verhandlungen gestalten sich als äusserst komplex und schwierig.“

Koordiniertes Vorgehen – ein Weg aus der Krise?

Rund 500 Unternehmen, darunter die Energiekonzerne Duke Energy, British Petrol und Royal Dutch Shell, formulierten im Vorfeld des UN-Klimagipfels vom 22. September 2009 in New York einen Appell an die über 100 anwesenden Staats- und Regierungschefs. „Das Scheitern einer gemeinsamen Einigung (in Kopenhagen) würde Spannungen innerhalb des globalisierten Warenhandels sowie die Verzerrung des internationalen Wettbewerbes zur Folge haben und wäre eine Bedrohung für das Fundament unserer Weltwirtschaft“, liess die Gruppe verlauten. Die

Fortsetzung von Seite 5

grossen Industriekonzerne scheinen die Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens begriffen zu haben. Darüber hinaus dürfte aber auch das enorme Zukunftspotenzial einer nachhaltigen und ökologischen Weltwirtschaftsentwicklung eine Rolle für das jetzige Engagement spielen. Die Hongkong and Shanghai Banking Corporation (HSBC) veröffentlichte im September 2009 eine Studie, wonach im Jahr 2008 die globalen klimarelevanten Kapitalflüsse um 75 Prozent auf USD 530 Mrd. anstiegen. Der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Todd Stern, rechnete in seinem viel beachteten „Stern Report“ aus dem Jahre 2006 erst für das Jahr 2050 mit diesen Beträgen. „Dass diese so scheinbar hohe Summe bereits jetzt erreicht wurde, hängt damit zusammen, dass immer mehr Wirtschaftszweige eine nachhaltigere Anpassung ihrer Geschäftsmodelle vorgenommen haben“, so Joaquim de Lima von der HSBC. Bereits im Jahr 2008 wuchsen die klimarelevanten Kapitalflüsse um 75 Prozent auf USD 530 Mrd. an. Damit lagen die Umsätze erstmals über denen der internationalen Luftfahrt sowie der weltweiten Rüstungsindustrie. Gewinne wurden der Studie zufolge vor allem in den Sektoren Energieeffizienz (30 Prozent) und CO₂-Märkte (24 Prozent) erzielt.

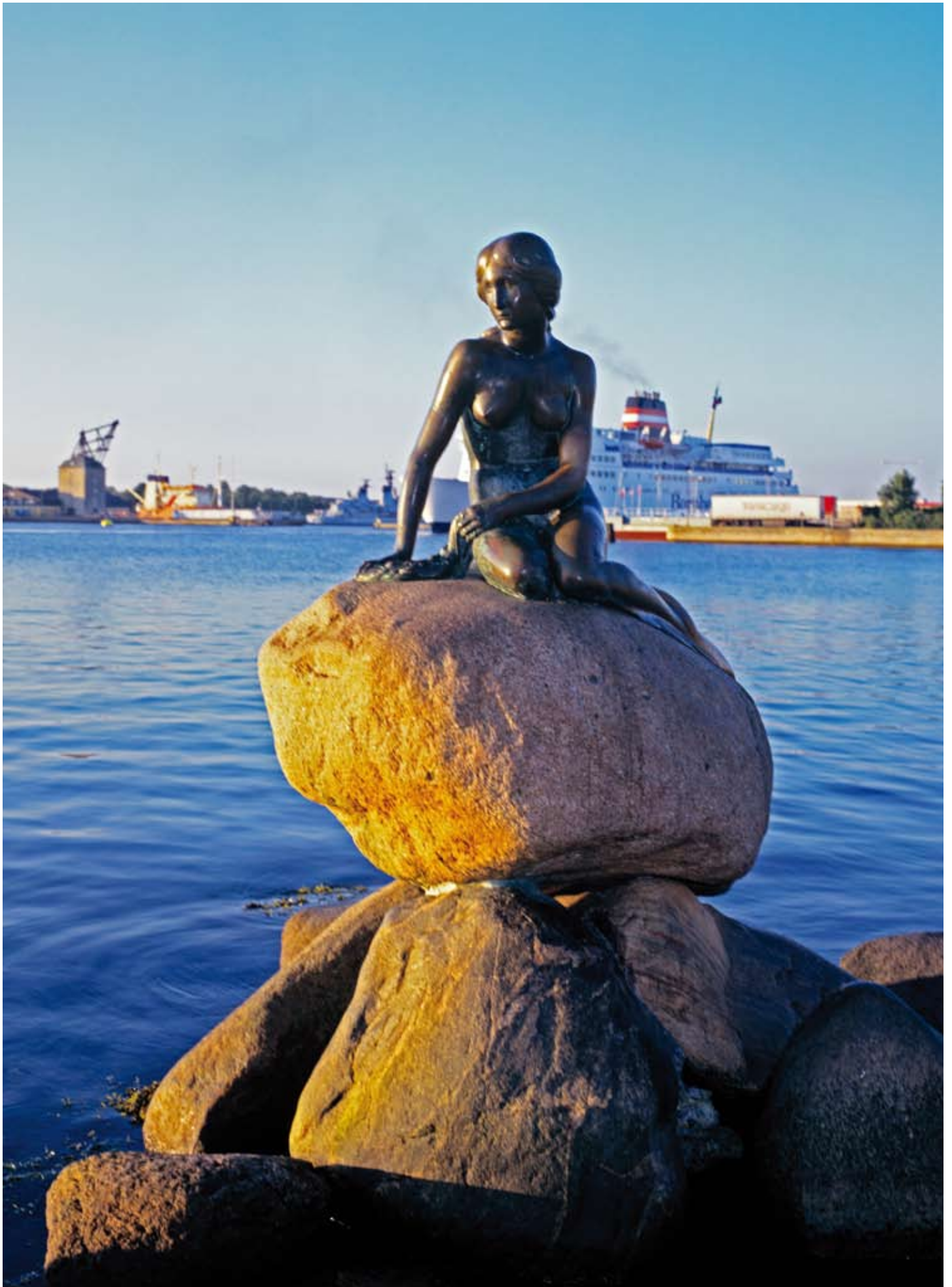
CO₂-Märkte werden weiter wachsen

Das Marktvolumen des globalen Emissionshandels hat sich von USD 11 Mrd. im Jahr 2005 auf USD 126 Mrd. im Jahr 2008 mehr als verzehnfacht. Ein Ende des Wachstums ist vorerst nicht abzusehen. So veröffentlichte die EU-Kommission im August eine Liste von etwa 4000 Fluggesellschaften, Konzernen und Institutionen, welche ab dem Jahr 2012 CO₂-Rechte für die von ihren Flugzeu-

gen verursachten Emissionen einreichen müssen. Auch wenn ein grosser Teil der Rechte am Anfang noch kostenlos vergeben wird, so geht eine Studie von Merrill Lynch davon aus, dass auf die Luftfahrtakteure hierdurch Kosten in Höhe von jährlich EUR 3 Mrd. zukommen werden.

„Die USA haben bereits Anfang 2009 die Einführung eines Emissionshandelssystems beschlossen.“

Auch die regionale Ausweitung von Emissionshandelssystemen wird dem Markt weiter Auftrieb verschaffen. Unabhängig vom Ausgang der Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember hat die neu gewählte Regierung Japans Ende September unter Premierminister Yukio Hatoyama angekündigt, bis März 2012 einen verpflichtenden Emissionshandel installieren zu wollen. Japan ist weltweit der fünfgrösste CO₂-Produzent. Der neben China grösste Produzent von Treibhausgasen, die USA haben bereits Anfang 2009 die Einführung eines entsprechenden Emissionshandelssystems beschlossen und mittlerweile das entsprechende Gesetzgebungsverfahren eingeleitet. Auch wenn diese Entwicklungen auf nationaler Ebene neben den Verhandlungen zu einem Post-Kyoto-Regime weiterlaufen, ist es erklärtes Ziel der Vertragsparteien, im Dezember die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die regionalen Handelssysteme in den nächsten Jahren zusammen-



Kopenhagen, Kleine Meerjungfrau

Fortsetzung von Seite 6

führen zu können. Hieran dürften vor allem die direkt beteiligten Marktteilnehmer ein grosses Interesse haben, insbesondere die Händler der CO₂-Rechte und die Projektentwickler. Letztere entwickeln einzelne Klimaprojekte – aber auch ganze Klimaschutzprogramme, um dadurch CO₂-Gutschriften zu generieren, welche Industrieunternehmen für ihre Emissionen in den verpflichtenden Handelssystemen benötigen. Die Aktivitäten dieser Projektentwickler sorgen quasi für den von der Staatengemeinschaft beschworenen Technologietransfer hin zu aufstrebenden Staaten wie China und Indien.

„Die regionale Ausweitung von Emissionshandelssystemen wird dem Markt weiter Auftrieb verschaffen.“

Finanzindustrie hat Marktpotenzial erkannt

Unternehmensnamen wie Sindicatum Carbon Capital, MGM, Orbeo, Blue Source oder EcoSecurities werden den meisten Bankern wohl noch kein Begriff sein. Wagt man aber einen Blick hinter diese klangvollen Namen, offenbart sich ein interessantes Bild. Sindicatum Carbon Capital greift auf Equity Kapital der Citi zurück, ebenso wie MGM bei Morgan Stanley, Orbeo teilen sich die französische Société Générale und der Chemiekonzern Rhodia und Goldman Sachs ist Grossinvestor bei Blue Source und Investor an der Chicago Climate Exchange – der amerikanischen Börse

für den CO₂-Handel. Ein reges Interesse zeigt auch JP Morgan am CO₂-Markt. Die Investmentbank kaufte bereits 2008 den Projektentwickler Climate Care und liefert sich derzeit einen Bieterstreit in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro mit anderen Interessierten aus der Finanzbranche. Dabei geht es um den Kauf von EcoSecurities, einem der grössten Anbieter von CO₂-Gutschriften, der nach eigenen Angaben über 121 Millionen CO₂-Gutschriften verfügt. Bei einem derzeitigen Preis von ca. EUR 13 entspräche dies einem Wert von über EUR 1,5 Mrd. Folgt man den aktuellen Analysen der UBS, sollte der Preis bis 2012 auf EUR 32 steigen – entsprechend würde sich der Unternehmenswert fast verdreifachen. Das allein dürfte aber nicht der Grund für diesen Bieterstreit sein.

„Capacity Building“ - eine Chance für Liechtenstein

Der CO₂-Markt ist immer noch komplex und erfordert spezifisches Know-how. Wer in diesem Markt mitmischen will, muss die marktbasierenden Mechanismen verstehen und in der Lage sein, die Chancen und Risiken abwägen zu können. Wer nicht bereits über entsprechendes Know-how verfügt, muss „Capacity Building“ betreiben und sich das Know-how aneignen – am einfachsten und schnellsten, indem man es kauft. Daraus den Schluss zu ziehen, dass der Markt nur etablierten oder finanzkräftigen Unternehmen vorbehalten ist, würde jedoch zu kurz greifen. Gerade die politischen Unsicherheiten des CO₂-Marktes und der damit verbundene schnelle Wandel bergen auch Chancen: Chancen für kleinere, flexible und anpassungsfähige Nischenplayer, Chancen für kleinere Finanzplätze, wie zum Beispiel Liechtenstein.

Stichwort: Emissionshandel

Einige Hintergründe zum Emissionshandel kurz erklärt

Der Emissionshandel und seine Rolle in der Finanzwirtschaft

Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches Instrument der internationalen Umweltpolitik. Durch dieses Instrument wird der Inanspruchnahme der Atmosphäre ein monetärer Wert gegeben. Der Emissionshandel wird auch für die Finanzwirtschaft eine immer wichtigere Rolle spielen. Sei es, um die Wertigkeit von Unternehmen zu beurteilen oder um Preisprognosen für die Industrieproduktion zu erstellen (Stahl, Zement, aber auch Strom). Das heisst, selbst wenn ein Finanzintermediär nicht direkt in den Handel mit Emissionszertifikaten involviert ist, so sollte er zumindest die Funktionsweise des Mechanismus kennen – eben weil die Einführung von Emissionshandelssystemen auch eine Reihe mittelbarer Konsequenzen mit sich bringt.

Das Emissionshandelssystem

In einem Emissionshandelssystem wird eine konkrete Obergrenze der zulässigen Emissionen der von diesem System erfassten Industrien festgelegt. Entsprechend dieser Obergrenze werden Emissionszertifikate vergeben, welche zur Emission innerhalb der gesetzten Obergrenze berechtigen. Diese Obergrenze wird dann nach und nach gesenkt. Da die Emissionszertifikate frei handelbar sind, wird der Preis für diese Zertifikate durch die Nachfrage bestimmt. Emissionen, welche innerhalb der verpflichteten Industrie nicht durch ein Emissionszertifikat gedeckt sind, werden mit Sanktionen (Geldstrafe bei bestehender Nachreichpflicht) belegt. Mit Blick auf den Handel innerhalb einer gesetzten Obergrenze spricht man bei Emissionshandelssystemen auch von „Cap and Trade“.

Verschiedene Emissionshandelssysteme

Bei den Emissionshandelssystemen gibt es internationale wie auch nationale Systeme:

INTERNATIONALE SYSTEME:

UN-Kyoto-Protokoll

Seit 2005 verpflichtet das Kyoto-Protokoll 37 Industriestaaten, ihre Emissionen von 2008 bis 2012 innerhalb derjenigen Obergrenze zu halten, welche 5,2 Prozent unter ihren Emissionswerten von 1990 liegen. Entsprechend der Obergrenze wurden den Staaten von der UN staatliche Emissionszertifikate (Assigned Amount Units, AAUs) zugeteilt.

Das Kyoto-Protokoll verpflichtet direkt „nur“ Staaten und sieht drei Instrumente (CDM/JI/AAU) vor, um den Staaten beim Erreichen der Ziele behilflich zu sein:

- CDM (Clean Development Mechanism): Industriestaaten investieren in Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern. Die dort generierten Emissionsreduktionen werden in Gutschriften verbrieft und dem Investorstaat auf sein Ziel angerechnet.
- JI (Joint Implementation): Industriestaaten investieren in Klimaschutzprojekte in anderen Industriestaaten. Das Gastland muss dann entsprechend der Menge der erfolgten Reduktionen eine Menge seiner von der UN zugeteilten staatlichen Emissionszertifikate (AAU) in Emissionsgutschriften „umwandeln“ und in das Investorland transferieren.



Fortsetzung von Seite 9

- Reines AAU Trading: Industriestaaten, die weniger Emissionen innerhalb ihrer Obergrenze aufweisen und daher einen Überschuss an staatlichen Zertifikaten haben, können diese überschüssigen Zertifikate an andere Staaten verkaufen.

EU-Emissionshandel

- Die Emissionsreduktion soll in drei Phasen erreicht werden: Phase 1: 2005 - 2007, Phase 2: 2008 - 2012, Phase 3: 2013 - 2020
- Seit 2005 sind grosse Industrieanlagen innerhalb der 27 EU-Staaten sowie der 3 EWR-EFTA-Staaten verpflichtet ihre Emissionen innerhalb einer gesetzten Obergrenze zu halten, 50 Prozent der Emissionen im EWR sind von diesem System erfasst (ca. 2 Mrd. t CO₂ eq/Jahr).
- Bis 2020 sollen in diesem Bereich 21 Prozent der Emissionen gegenüber 2005 reduziert werden, das heisst entsprechend wird die Obergrenze von Phase zu Phase gesenkt.
- Die betroffenen Unternehmen dürfen ihre Emissionen, ähnlich wie Staaten, anstatt mit Emissionszertifikaten auch mit Emissionsgutschriften aus CDM/JI-Projekten abgelden (es gelten aber gewisse Limiten).

NATIONALE SYSTEME:

- Schweiz (von 2008-2012 noch eigenes System – dann soll aus Effizienzgründen Verlinkung zum EU-System erfolgen): ca. 350 Unternehmen (Zement, Papier, Glas, Keramik, Metall- und Ma-

schinenbau etc.) erhalten pro Jahr rund 3 Millionen Emissionszertifikate zugeteilt; CDM/JI Gutschriften sind zugelassen.

- USA (Climate Bill, Waxman-Markey Scheme im Gesetzgebungsprozess): Es gibt aktuell bereits mehrere kleinere regionale Handelssysteme, geplant ist aber ein Federal Cap and Trade System – Das System soll 83 Prozent der US-Emissionen erfassen, das heisst, die Obergrenze bzw. die zu vergebenden Emissionszertifikate belaufen sich auf 5,6 Mrd. t CO₂ eq/Jahr, Anrechnung von CDM/JI wird diskutiert.
- Japan (seit 2005): allerdings noch auf freiwilliger Basis.
- Kanada (geplant ab 2010): 50 Prozent der landesweiten Emissionen sollen vom System erfasst werden.
- Australien (geplant 2011): 75 Prozent der landesweiten Emissionen sollen vom System erfasst werden.
- Neuseeland (geplant 2010).

Weitere Diskussionen bezüglich der Einführung von Emissionshandelssystemen werden in Südkorea, Mexiko und China geführt.

Emissionszertifikat

Ein Emissionszertifikat oder eine Emissionsgutschrift berechtigt zum Ausstoss von einer Tonne CO₂ eq. Man spricht in diesem Zusammenhang meist von Äquivalent (eq), da somit eine Einheitswährung geschaffen wird.



Verschiedene Emissionsrechte

Es gibt derzeit:

- Assigned Amount Units (AAU) = Emissionsrechte, die den einzelnen Staaten durch das Kyoto-Protokoll für eine Verpflichtungsperiode zugeteilt werden. Die zugewiesene Menge an AAUs richtet sich nach dem Emissionsziel, das die Staaten in der entsprechenden Verpflichtungsperiode erbringen müssen.
- European Union Allowances (EUA) = von den Mitgliedstaaten des EWR an über 12'000 Industrieunternehmen vergebene Zertifikate. Die Zuteilung der EUAs an die einzelnen Unternehmen erfolgt über das Register des jeweiligen EU/EWR-Mitgliedstaates.
- Certified Emission Reductions (CER) = Emissionsgutschriften, die durch den Vollzug von CDM-Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern generiert wurden (können in anderen Systemen angerechnet werden).
- Emission Reduction Units (ERU) = Emissionsgutschriften, die durch den Vollzug von JI-Klimaschutzprojekten in Industriestaaten generiert wurden (können in anderen Systemen angerechnet werden).
- Verified Emission Reductions (VER) = sogenannte freiwillige Emissionszertifikate. Diese Zertifikate verbriefen eine Emissionsreduktion nach unterschiedlichen Standards beispielsweise werden freiwillige CO₂-Kompensation von Flugreisen oder andere klimaneutrale Produkte meist durch VERs kompensiert. Problem: Der freiwillige Markt ist gesetzlich nicht geregelt.

- Sonstige Zertifikate aus den nationalen Emissionshandelssystemen (CH, JP, AUS, USA).

Handel mit Emissionsrechten

Der Handel kann zwischen zwei Parteien ablaufen (OTC-Geschäft) oder aber an einer dafür ausgerichteten Börse. An den Börsen wird grundsätzlich ein Mindestvolumen von 1000 Tonnen CO₂ eq vorgeschrieben (sogenannte Slots). Zudem gibt es mittlerweile einige Angebote von Dienstleistern, die über vorgeschaltete Plattformen die Mitgliedschaft an einer Börse oder den Bezug von Mindestmengen entbehrlich machen.

Emissionshandelsbörsen

Die gängigsten Börsen, an denen EUAs, CERs und ERUs gehandelt werden, sind die EEX in Leipzig, die Bluenext in Paris oder die ECX in London sowie die Climex in den Niederlanden. In den USA hat sich die CCX Chicago etabliert – ihre Bedeutung dürfte in Zukunft zunehmen. Die NYMEX plant per Ende 2009/Anfang 2010, den Betrieb von ‚The Green Exchange‘ – einer separaten Kontraktbörse für CO₂-Futures und -Optionen – aufzunehmen.

EXPO 2010 Shanghai: Dialog und Respekt

Liechtenstein präsentiert sich 2010 an der Weltausstellung in Shanghai. Was die Teilnahme für Liechtenstein bringt, welche Vorbereitungen dafür nötig sind und wann ein Besuch an der EXPO 2010 am interessantesten ist, erläutert Projektleiter Hans Peter Gassner im Interview.

Interview mit Hans Peter Gassner, Projektleiter EXPO 2010

Herr Gassner, vorweg, was hat Sie daran gereizt, den Job für die Projektleitung zur EXPO2010 in Shanghai auszuführen?

Ein derartiges Projekt zu leiten, ist eine grossartige Herausforderung und spannende Arbeit.

Liechtenstein hat bisher bereits zwei mal an einer Weltausstellung teilgenommen, 1958 in Brüssel und 2000 in Hannover. Welche Gründe sprechen 2010 für eine Teilnahme in Shanghai?

Es gibt verschiedene Gründe, die grundsätzlich für eine regelmässige Teilnahme an den grossen Weltausstellungen sprechen. Die Teilnahme an der EXPO 2010 in Shanghai liegt unter anderem deshalb nahe, weil China als Wirtschaftspartner auch für Liechtenstein immer bedeutender wird. Etliche liechtensteinische Firmen sind in China geschäftlich tätig, doch Liechtenstein ist in grossen Teilen der Bevölkerung noch nicht oder wenig bekannt. Von Leuten, die China immer wieder geschäftlich bereisen, hören wir, dass es ein Vorteil wäre, wenn ihre chinesischen Geschäftspartner eine Vorstellung von Liechtenstein hätten.

Die wenigsten Liechtensteiner werden „ihren“ Pavillon auf der EXPO 2010 selbst besuchen können. Wie viel EXPO 2010 kommt in Liechtenstein an?

Unser Projekt basiert auf den Begriffen „Dialog und Respekt“. Wir bauen deshalb nicht nur einen Pavillon in Shanghai, sondern laden die Welt zu uns in einen EXPO-Pavillon nach Vaduz ein. Dort können die Besucher unter anderem einen Film über Shanghai und

die Weltausstellung sehen. Weiters finden dort auch internationale kulturelle Veranstaltungen statt. Der Vaduzer Pavillon wird in enger Zusammenarbeit mit Liechtenstein Tourismus realisiert.

Welchen Nutzen versprechen Sie sich für Liechtenstein?

Im Liechtenstein-Pavillon gibt es neben dem Publikumsbereich eine spezielle Gästezone. Dort werden neben Wirtschaftsvertretern vor allem Studenten aus Wirtschafts- und technischen Universitäten empfangen und informiert. So wird der Wirtschaftsstandort Liechtenstein zukünftigen chinesischen Entscheidungsträgern näher gebracht. Natürlich sollen diese Beziehungen nach der EXPO weiter gepflegt werden.

Welchen Gesamteindruck von Liechtenstein werden die Besucher des Liechtenstein-Pavillons haben?

Dass Liechtenstein trotz seiner Kleinheit ein vollwertiges Mitglied der Völkerfamilie ist und in seinem zugegeben bescheidenen Rahmen einen Beitrag zum EXPO-Thema „Better City–Better Life“ zu leisten vermag. So wird unter anderem zu diesem Thema in unserem virtuellen dritten Pavillon ein Architekturseminar, geleitet von der Hochschule Liechtenstein, stattfinden.

Welchen Stellenwert bekommt der Finanzplatz bei der Präsentation Liechtensteins? Wird der Finanzplatz eine eigene Präsentation haben?

Der Finanzplatz spielt in unserem Wirtschaftsfilm eine bedeu-

Hans Peter Gassner

Hans Peter Gassner betreute bereits 2000 die liechtensteinische Teilnahme an der Weltausstellung in Hannover als Projektleiter. Anschließend gestaltete er die permanente Ausstellung des Liechtensteinischen Landesmuseums, bevor er sich abermals der Herausforderung EXPO stellte. Ursprünglich ist Hans Peter Gassner Grafiker. Er war von 1997 bis 2001 als Prüfungsexperte an der Schule für Gestaltung in St. Gallen tätig.



tende Rolle. Dieser wird im Gästebereich zu sehen sein. Je nach eingeladener Kundschaft wird bei der Begrüssung der Gäste auch speziell auf den Finanzplatz hingewiesen. Der Gästebereich steht allen interessierten liechtensteinischen Industrie- und Dienstleistungsbetrieben zur Geschäfts- und Imagepflege zur Verfügung. Einzelne Finanzdienstleister haben bereits angekündigt, dass sie unseren Pavillon für die Pflege ihrer Kundschaft oder Geschäftsbeziehungen nutzen wollen. Eine rege Nutzung wäre für den Projekterfolg wichtig und wünschenswert. Für Informationen steht die Projektleitung jederzeit gerne zur Verfügung.

Welche Rolle spielt China bisher für den Wirtschafts- und Finanzplatz Liechtenstein?

China spielt eine immer grössere Rolle für unsere Wirtschaft. Ein paar Zahlen können dies verdeutlichen: 2007 beliefen sich die Direktexporte nach China auf 53,6 CHF Mio., die Direktimporte auf 35,8 CHF Mio.

Seit wann bereiten Sie sich auf die EXPO 2010 vor?

Leider erst seit Anfang 2009. Der Landtag genehmigte das entsprechende Budget in der Aprilsitzung.

Was gehört alles zu den Vorbereitungen? Was genau tun Sie in Ihrer Verantwortung?

Seit ich zum Projektleiter bestellt wurde, habe ich das Projekt immer detaillierter ausgearbeitet. Nun geht es um die Konzeptum-

setzung bzw. die Projektrealisation in technischer, betrieblicher, personeller und finanzieller Hinsicht.

Wie funktioniert die Kommunikation mit den chinesischen Kollegen?

Ungeachtet der kulturellen Unterschiede sehr gut.

Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Beteiligten in Liechtenstein?

Unser Konzept kam bei zehn von elf Gemeinden und den Verbänden überwiegend gut an, dementsprechend gut läuft die Zusammenarbeit.

Was waren Highlights bei den bisherigen Vorbereitungen?

Mitzuerleben, wie auf einer Industriebrache mitten in der Megacity Shanghai die grösste Weltausstellung aller Zeiten gebaut wird.

Wie stark werden Sie vor Ort unterstützt?

Liechtenstein wird in Shanghai offiziell vom schweizerischen Konsulat betreut. Unser Land hat keine offizielle Vertretung in China, weshalb wir uns entsprechend organisieren mussten. In EXPO-Angelegenheiten werden wir jetzt hauptsächlich von unserem Generalunternehmer, der schweizerischen Nüssli AG, vertreten. Die Nüssli AG baut neben unserem Pavillon auch diejenigen der Schweiz und Deutschlands.

Fortsetzung von Seite 13

Wie gross ist Ihr Team? Und wie haben Sie die Funktionen aufgeteilt?

Verglichen mit anderen Teilnehmern haben wir ein kleines, aber leistungsfähiges Team. Die Projektleitung teilt sich auf in die Bereiche Architektur, Multimedia/Filme, Internetspavillon, Veranstaltungen im Pavillon Vaduz und Finanzen. Vor Kurzem wurde das liechtensteinische Personal für den Pavillon in Shanghai rekrutiert. Es geht nun darum, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem Team zusammenzuschweissen. Auch der Betrieb des Pavillons in Vaduz ist in Vorbereitung. Liechtenstein Tourismus wird hier federführend sein.

Wie viele Personen werden 2010 nach Shanghai aufbrechen?

Neben dem Direktor und seiner Stellvertreterin wird eine Direktionsassistentin – eine Chinesin, die mehrere Jahre in der Region gelebt und gearbeitet hat – während der gesamten 6-monatigen EXPO-Dauer in Shanghai tätig sein. Weiterhin besteht das Team aus vier Personen, die jeweils für drei Monate im Pavillon arbeiten werden. Unterstützt wird das Team von sechs bis acht vor Ort rekrutierten chinesischen Kolleginnen und Kollegen.

Sie haben Mitarbeitende für den Pavillon ausgesprochen. Wie gross war die Resonanz in Liechtenstein?

Es haben sich 26 Personen für die Arbeit auf der EXPO interessiert, ausgewählt wurden davon sechs Personen. Die Auswahl war nicht einfach, denn die Bewerberinnen und Bewerber waren

praktisch durchs Band gut qualifiziert.

Wie lange werden Sie persönlich in Shanghai bleiben?

Ich bin hauptsächlich während der Bau- und Vorbereitungszeit mehrmals in Shanghai, dann zu Beginn und am Ende der EXPO und voraussichtlich an unserem „Nationentag“ am 1. September 2010.

Welchen Pavillon wollen Sie sich selbst vor Ort unbedingt noch anschauen?

Ganz sicher die Themenpavillons zum EXPO-Thema „Better City–Better Life“.

Auf welche Highlights auf der EXPO 2010 freuen Sie sich persönlich?

Auf die Eröffnung und auf unseren „Nationentag“ am 1. September 2010.

Wie nimmt die liechtensteinische Bevölkerung die Teilnahme an der EXPO wahr? Konnte eine Begeisterung für die Weltausstellung bereits vermittelt werden?

Es wäre wohl übertrieben, von Begeisterung zu reden. Dafür liegt die Weltausstellung ganz einfach noch etwas zu weit in der Ferne. In den Monaten vor der Eröffnung am 1. Mai 2010 wird man international und auch in Liechtenstein viel mehr über die EXPO hören, lesen und sehen können. Je konkreter das Projekt wird,



umso grösser wird auch das Interesse werden. Jetzt, in der Projektrealisierungsphase, ist die Teilnahme an der EXPO für viele noch etwas abstrakt. Man kann sich unter der Weltausstellung und unserer Teilnahme noch wenig vorstellen, nicht zuletzt weil man auch ungenaue Vorstellungen von China hat. Mit der EXPO, durch die vieles über China und die Teilnehmer zu erfahren sein wird, wird sich das ändern.

Wann lohnt sich die Reise zur EXPO 2010 besonders?

Ein Besuch der EXPO lohnt sich während der ganzen Ausstellungsdauer vom 1. Mai bis 31. Oktober. Was die Jahreszeit betrifft, fährt man vielleicht besser im Frühjahr oder Herbst nach Shanghai, im Juli und August kann es unbehaglich heiss werden, was bei einem EXPO-Besuch eher unangenehm sein könnte. Für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner liegt es gewiss nahe, Shanghai und die Weltausstellung um den 1. September 2010 herum zu besuchen. An diesem Tag wird Liechtenstein auf der EXPO den sogenannten Nationentag feiern. Es wäre sicher schön, wenn dann auch viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner auf der Weltausstellung anzutreffen sind.

EXPO 2010 Shanghai

Thema:	Better City – Better Life
Teilnehmer:	über 200 Staaten und internationale Organisationen
Dauer:	6 Monate, 1. Mai bis 31. Oktober 2010
Gesamtfläche:	5,28 km ²
Erwartete Besucher:	70 Millionen

Liechtenstein-Pavillon

Standort:	Sektion C „Europa“ im European Joint Pavillon
Grösse:	ca. 420 m ²
Direkte Nachbarn:	Zypern, Malta, San Marino
EXPO im Netz:	www.expo2010.li

Chinesisch für Anfänger

Fürstentum Liechtenstein:	列支敦士登公国
EXPO 2010 Shanghai:	2010年上海世界博览会

OECD-Standards: Gestern, heute und morgen

Im Zuge der Steuerdebatte 2008 wurde von deutschen Politikern immer wieder gefordert, Liechtenstein solle mit Deutschland oder der EU die gleichen Abkommen abschliessen wie mit den USA. Es folgte grosses Köpfe nicken. Doch wie viele der Befürworter eines solchen Abkommens auf bilateraler oder EU-Ebene wissen konkret, worum es eigentlich geht?

von Jana Riedmüller und Katharina Kuonen*

Zähe und zügige Verhandlungen

Die Rede ist von einem Tax Information Exchange Agreement, dem viel zitierten TIEA. Ein solches Abkommen klang in dieser turbulenten Zeit äusserst verlockend. Gerade darum ging es in der Steuerdebatte: Austausch von Informationen in Steuerangelegenheiten. Doch was als einfaches Mittel gegen leere Staatskassen und Steuerflucht erschien, ist das Ergebnis jahrelanger Verhandlungen. Zwei Jahre schlifften die Vertreter Liechtensteins und der USA an den 16 Artikeln der Übereinkunft, bis sie schliesslich im Oktober 2008 beschlossen und im darauffolgenden Dezember unterzeichnet wurde. Dies war der Auftakt einer Reihe von weiteren bilateralen Abkommen Liechtensteins, die in der Folge teilweise auch wesentlich zügiger verhandelt wurden und massgeblich dem OECD-Musterabkommen folgten. Liechtenstein hat bis heute zehn Abkommen, darunter zwei Doppelbesteuerungsabkommen, unterzeichnet.

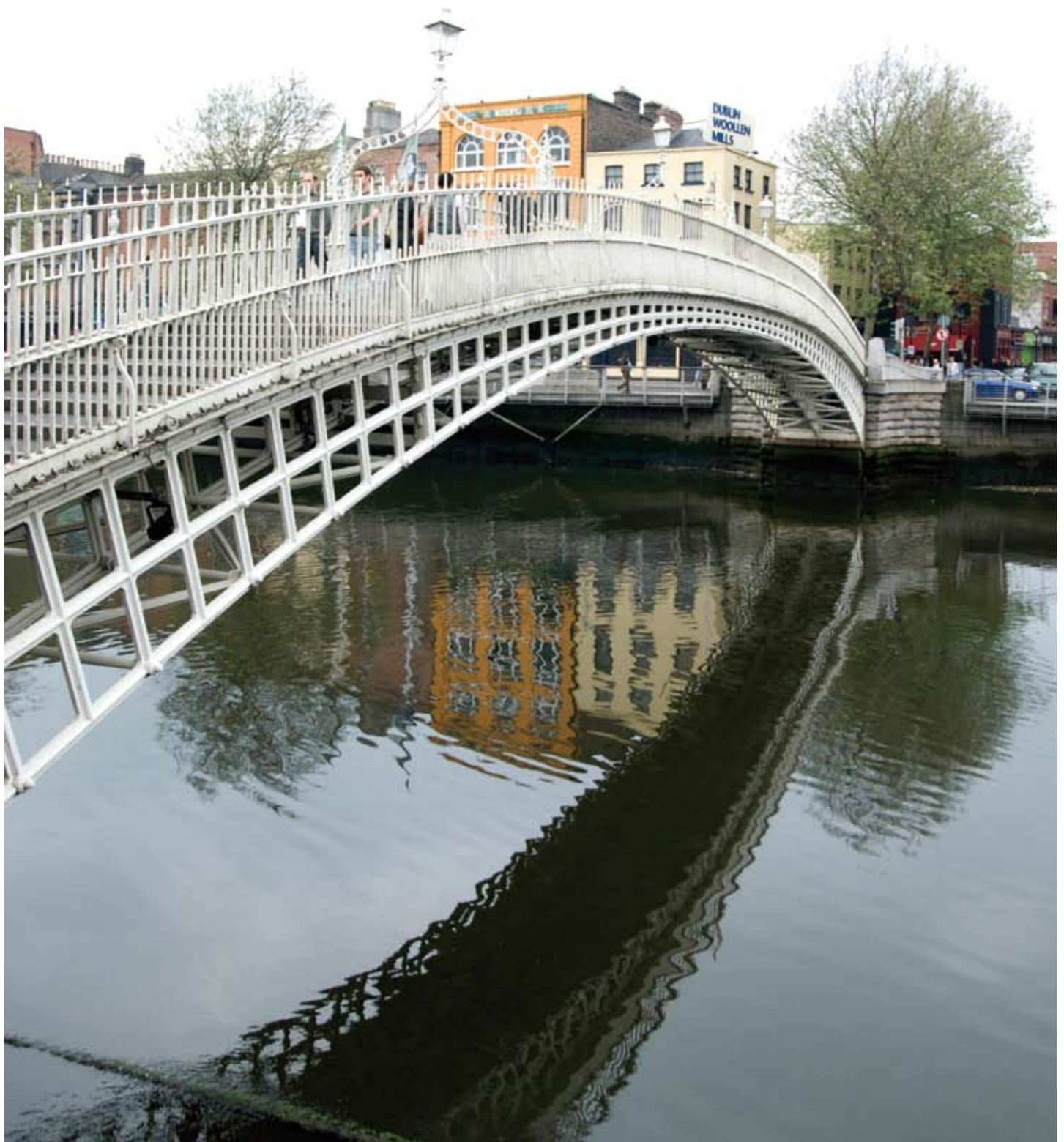
Wie entstand das TIEA?

1996 forderten die Minister der damals noch G7-Staaten die OECD auf, etwas gegen den aus ihrer Sicht um sich greifenden „schädlichen Steuerwettbewerb“ zu unternehmen. Zu dieser Zeit agierten die Finanzmärkte zunehmend grenzüberschreitend, das Offshore-Banking gewann an Bedeutung. Zudem sahen sich verschiedene Staaten mit der Situation konfrontiert, dass ihre Bürger Gelder zunehmend dem Zugriff des eigenen Staates entzogen. Etwa fünf bis sieben Billionen Dollar werden laut OECD derzeit ausserhalb des Ursprungslandes angelegt. Der Druck wuchs, diesen Abfluss von

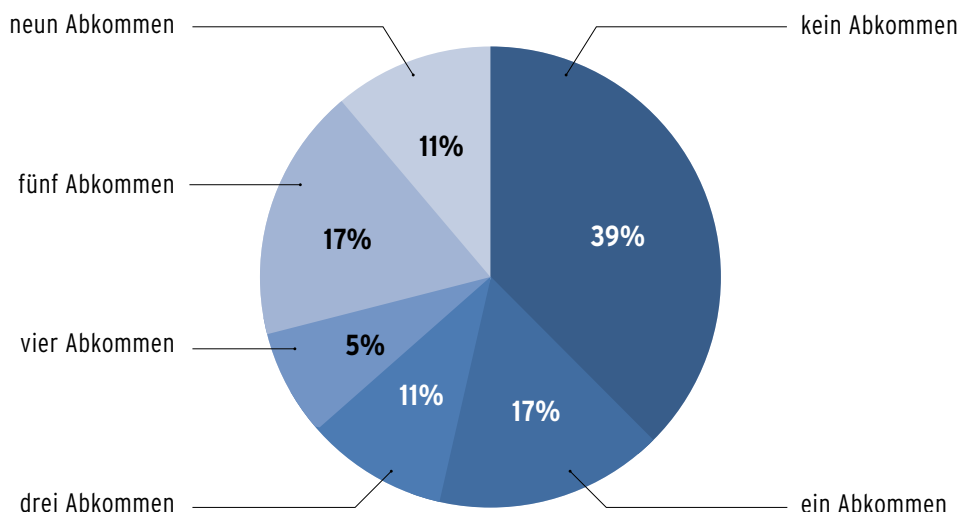
Vermögen zu stoppen. Verschiedene Staaten gaben der OECD zwei Jahre Zeit, Massnahmen auszuarbeiten, die dazu geeignet wären, eine weitere Kapital- und Steuerflucht zu verhindern.

„Zwei Jahre schlifften die Vertreter Liechtensteins und der USA an der Übereinkunft, bis sie im Dezember 2008 unterzeichnet wurde.“

Die OECD rief das Projekt „Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken“ ins Leben. Das Projekt sollte drei Ziele erreichen: Die schädlichen Praktiken sollten identifiziert und eliminiert werden, Steuerparadiese sollten dazu gebracht werden, die OECD-Standards zu akzeptieren. Und: Nichtmitglieder der OECD sollten ermuntert werden, sich dem Kampf gegen die Steuerflucht anzuschliessen. Der letzte Punkt führte dazu, dass heute das „Global Tax Forum“ diese einstige Projektarbeit übernommen hat und OECD-Mitglieder mit Nichtmitgliedern an einem Strang ziehen, um weltweit einen hohen Grad an Transparenz und Informationsaustausch zu erreichen. Das Forum berichtet in regelmässigen Abständen über dessen Erfolge und die aktuellen Entwicklungen auf den beobachteten Finanzmärkten.



Bilaterale Abkommen der als Steueroasen bezeichneten Staaten, die sich bis 2003 zu den OECD-Standards bekannten



Stand Oktober 2009

Fortsetzung von Seite 16

Die Zeit des Listings...

Doch zunächst mussten die ersten beiden Ziele zumindest teilweise erreicht werden. 1998 legte die OECD dann einen Bericht vor, in dem sie vier Merkmale zur Identifizierung von Steueroasen benannte:

- Geringe oder keine Besteuerung von Vermögen und/oder Einkommen
- Abschottung der Wirtschaft
- Intransparentes politisches System, beispielsweise in Form von verhandelbaren Steuersätzen und gesetzlichen Regelungen
- Verweigerung des Informationsaustausches mit anderen Staaten

Auf Basis dieser Kriterien erstellte die OECD eine Liste von 35 Staaten, die als Steueroasen galten, die erste sogenannte „schwarze Liste“ entstand. Die OECD empfahl Massnahmen gegen den schädlichen Steuerwettbewerb. Diese sollten sowohl im Ursprungsland der flüchtigen Vermögen greifen (z. B. die Durchsetzung der eigenen Gesetzgebung verstärken) als auch die sogenannten Steueroasen in die Pflicht nehmen. Mit diesen sollten internationale Verträge abgeschlossen werden, in deren Rahmen sie sich verpflichten, der Steuerflucht entgegenzuwirken und mit den betroffenen Staaten zusammenzuarbeiten. Die Staaten auf der „schwarzen Liste“ sollten zudem auf die OECD-Standards einge-

schworen werden. Dazu gehören unter anderem:

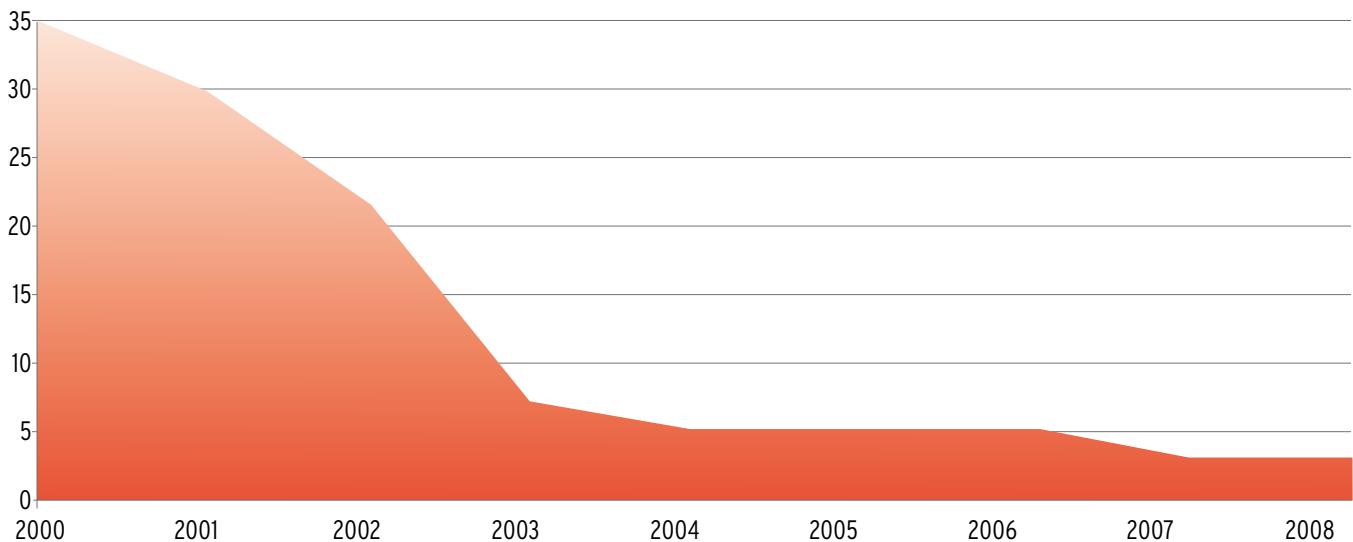
- Verbot anonymer Konten
- Verpflichtung der Banken, Informationen über ihre Kunden einzuholen
- Informationsaustausch ermöglichen
- Behördlichen Zugang zu Bankinformationen sichern

Im Jahr 2000 wurde die „schwarze Liste“ dann erstmals überarbeitet. Neue Formulierungen entstanden und die aufgezählten Staaten wurden in kooperative und unkooperative Steueroasen unterteilt. Alle Staaten, die sich weigerten, einem effektiven Informationsaustausch zuzustimmen und ihre Transparenz nach aussen zu erhöhen, wurden demnach zu den unkooperativen Staaten gezählt.

...und Delistings

Um von dieser Liste gestrichen zu werden, müssen die Staaten die definierten OECD-Standards akzeptieren und in Folge dessen sogenannte OECD-Musterabkommen mit verschiedenen Staaten unterzeichnen. Dieses Musterabkommen bildet die juristische Grundlage für die Umsetzung der OECD-Standards. Der nächste Schritt lag also bei den einzelnen Staaten, sprichwörtlich aufeinander zuzugehen und Verhandlungen zu führen. Per Anfang Oktober wurden gemäss OECD weltweit inzwischen weit über 150

Anzahl Staaten auf der "schwarzen Liste"



Staaten, die 1998 den Kriterien für Steueroasen entsprachen: 41;
6 Staaten versprochen 1998 Besserung und kamen nicht auf die Liste

Abkommen zwischen verschiedenen Staaten geschlossen. Dabei bleibt es den Staaten überlassen, mit welchen Staaten sie wiederum Abkommen verhandeln und schlussendlich abschliessen wollen. Es ist ebenso an den Staaten selbst, individuell zu verhandeln und nach einem Interessenausgleich zwischen beiden Parteien zu suchen. Das Sonderabkommen zwischen Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich zeigt eine solche Konstellation auf. Die bilateralen TIEAs orientieren sich grundsätzlich an den 32 Seiten des im April 2002 vorgelegten OECD-Musterabkommens und damit an einheitlichen globalen Standards. Sie sollen ein „level playing field“ bieten. Umso wichtiger werden nach Abschluss der TIEAs Sondierungsgespräche über weitergehende Doppelbesteuerungsabkommen. Von den ursprünglich 35 als Steueroasen bezeichneten Staaten und Territorien haben seit 2002 inzwischen sämtliche die OECD-Standards akzeptiert. Die Folge: Das Bekenntnis brachte sie von der „schwarzen“ auf die sogenannte „graue Liste“. Eine „schwarze Liste“ existiert nicht mehr.

Die Magie der 12

Doch: Warum wurde der Druck seitens der OECD dennoch in den letzten zwei Jahren enorm verschärft und warum sind gerade 12 Abkommen die Grundlage, um auf die „weisse Liste“ zu kommen? Eine Erklärung wäre die folgende: Bereits in den Jahren 2002 und 2003 haben 18 Jurisdiktionen die Standards anerkannt. Jedoch ha-

ben bis heute nur knapp die Hälfte derer diesem Bekenntnis auch klare Taten folgen lassen, sprich TIEAs abgeschlossen. Der politische Vorwurf wurde laut, es handle sich lediglich um Lippenbekenntnisse und der eigentlichen Problematik könne damit nicht genügend begegnet werden. Auch sollte vermieden werden, dass nur einzelne und damit lediglich symbolische Abkommen vereinbart werden. Ein klares politisches Zeichen wurde nötig. Der G20-Gipfel in Washington im November 2008 verlangte deshalb erneut ein energischeres Vorgehen gegen den Mangel an Transparenz und Informationsaustausch. Um einen Fortschritt bei der Anwendung der OECD-Standards feststellen zu können, wurde eine Schwelle von 12 Abkommen definiert, die die Ernsthaftigkeit in der Umsetzung verdeutlichen soll. Die Belohnung – ein „Upgrade“ auf die von vielen inzwischen auch und vor allem aus Reputationsgründen dringend angestrebte sogenannte „weisse“ Liste.

Resultat: Rechtssicherheit für Finanzakteure

Für die Akteure auf dem Liechtensteinischen Finanzplatz bedeutet die Unterzeichnung der verschiedenen Abkommen zunächst vor allem Rechtssicherheit. Die Banken wissen nun, was auf sie und ihre internationalen Kunden zukommt. Der Informationsaustausch erfolgt nur bei einem begründeten Verdacht auf Steuerdelikte. Der Informationsaustausch erfolgt nur auf spezifizierte Anfrage. Zudem müssen alle Mittel zur Beschaffung der Information im ei-

Fortsetzung von Seite 19

genen Land ausgeschöpft sein. Im Weiteren ist es notwendig, eine Begründung für einen Verdacht und Angaben zu den Personen, die im Besitz der gewünschten Informationen sein könnten, zu liefern. Erst dann richtet die liechtensteinische Steuerbehörde eine entsprechende Anfrage an die Banken. Damit sind sogenannte "fishing expeditions" ausgeschlossen. Es werden weiterhin keine Daten ohne entsprechende Anfrage ausgetauscht. Der automatische Informationsaustausch ist nach liechtensteinischem Recht nicht möglich. Anders als bei der bislang praktizierten Amtshilfe wird nun allerdings auch in Fällen zusammengearbeitet, bei denen das Vergehen nach liechtensteinischem Recht keine Straftat ist.

„Der Anerkennung der Standards muss die globale Umsetzung folgen.“

Während zum Beispiel in den USA eine unvollständig ausgefüllte Steuererklärung bereits als Betrug geahndet wird, stellt dies in Liechtenstein lediglich eine Ordnungswidrigkeit dar. Bei der Definition von Steuerbetrug liegen in verschiedenen Staaten aufgrund der nicht vergleichbaren zugrunde liegenden Steuerrechtssysteme grosse Unterschiede vor.

Und in Zukunft?

Ohne Zweifel werden die global durchzusetzenden OECD-Standards mehr Steuerehrlichkeit mit sich bringen, allein schon durch die abschreckende Wirkung verankert in den globalen Rechtssystemen. Grundsätzliche Fragen jedoch bleiben: Wie stark werden die jeweiligen Staaten untereinander tatsächlich Informa-

tionen anfordern und austauschen? Wie effizient ist der bilaterale Weg über die Tax Information Exchange Agreements tatsächlich für die globale Forderung nach mehr Transparenz und Informationsaustausch?

Die globale Tendenz zu mehr Transparenz wird kaum mehr aufzuhalten sein. Die Finanzplätze werden sich dem stellen und neue Wege für innovative Leistungen und Dienstleistungen suchen und gehen. Für Liechtenstein haben die Abkommen, die vor allem auch mit grossen Staaten wie den USA, Deutschland und Frankreich abgeschlossen wurden, eine positive Wirkung, was die Glaubwürdigkeit, den Reputationsgewinn und die Rechtssicherheit betrifft. In der globalen Welt ein anerkannter und seriöser Partner zu sein, der sich in die Gemeinschaft integriert, muss das Ziel eines jeden Finanzplatzes sein. Vor allem aber muss der Anerkennung der OECD-Standards und den bilateralen Abkommen nun auch zwingend deren globale Umsetzung im Sinne eines Level Playing Fields folgen.

* *RiedmüllerKommunikation, strategische und politische Kommunikationsberatung*

TIEA - wir fragen nach.

"Das Tempo ist beachtlich"

Das rasante Tempo der Regierung in Bezug auf internationale Abkommen sei unabdingbar, wenn sich Liechtenstein nicht in Kürze mit gravierenden wirtschaftlichen Nachteilen konfrontiert sehen will, sagt Katja Gey, Verhandlungskoordinatorin der Regierung. Wie die Verhandlungen verlaufen, erklärt sie im Interview mit dem BANKENMAGAZIN.

Interview mit Dr. Katja Gey

Frau Gey, wie intensiv verliefen bisher die Gespräche und Verhandlungen? Wie viel Vorbereitungszeit benötigen Sie jeweils?

Das hängt vom jeweiligen Partnerland ab. Mit dem Vereinigten Königreich haben wir nach Vorgesprächen effektiv von April bis Anfang August 2009 verhandelt. Und der Prozess ist auch jetzt, nach der Unterzeichnung, noch nicht abgeschlossen. Wegen der Komplexität des Abkommens war die Sitzungskadenz hoch und die dazwischen liegende Korrespondenz sehr intensiv und anspruchsvoll. Mit Deutschland haben wir ebenfalls über Monate hinweg vorsondiert, nachdem wir ja bereits Mitte 2008 bilaterale Verhandlungen angeboten hatten. Es dauerte einige Zeit, bis Deutschland zur Aufnahme von konkreten Gesprächen bereit war. Diese Gespräche und Verhandlungen fanden dann von März bis Juli 2009 statt. Diese Verhandlungen waren inhaltlich weniger komplex, wenn auch durch zeitweilige Differenzen geprägt. Es kam aber ein gewichtiges politisches und emotionales Element dazu, auch durch die dauernde Medienpräsenz, das diese Verhandlungen zu einer besonderen Herausforderung machte.

Wie lange dauern die Verhandlungen durchschnittlich? Unterscheiden sie sich nach Ländern in der Intensität?

Zwischen zwei bis vier Wochen, wenn wir nach unseren Mustern vorgehen und abschliessen können. Bei komplexeren Situationen kann es bis zu einem halben Jahr oder noch länger dauern. Die Arbeit wird uns seit dem Sommer wesentlich erleichtert durch eigens erarbeitete und von der Regierung angenommene liechtensteinische Musterabkommen zu einem TIEA und einem DBA. Dazu hat die Hochschule Liechtenstein unter der Leitung von Prof. Martin Wenz einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Welche Verhandlungen verliefen schwieriger, welche eher unkompliziert?

Wir verhandeln ja nicht nur bilateral, sondern auch auf multilateraler Ebene über die steuerliche Zusammenarbeit. Mit der EU sind wir seit rund drei Jahren in Verhandlungen über den Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens. Dieses soll sich nach neuestem Stand nicht nur am geltenden EU-Rechtsbestand orientieren, sondern als multilaterales TIEA (mit 27 Staaten) auch die OECD-Standards umsetzen. Diese Verhandlungen sind besonders komplex durch die interne Dynamik und den internen Entscheidungsfindungsprozess in der EU. Die Verhandlungen sind immer wieder von den aktuellen Entwicklungen beeinflusst worden und verlaufen auf mehreren Ebenen, da die Kompetenzen im Steuerbereich in der EU zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedsstaaten geteilt sind. Es ist eine besondere Herausforderung, zu erkennen, wo die jeweiligen Interessen der EU-Kommission und der Mitgliedsstaaten liegen, zumal Letztere nicht direkt mit am Verhandlungstisch sitzen. Bilaterale Verhandlungen mit einem Partner sind weniger vielschichtig.

Den Abkommen liegt ein OECD-Mustervertrag zugrunde. Wie individuell sind diese Abkommen dennoch mit den einzelnen Staaten?

Die zentralen Bestimmungen unterscheiden sich kaum, geht es doch jedem Staat darum, die OECD-Standards umzusetzen und nicht davon abzuweichen. Diese Standards beruhen auf einem Musterabkommen und dieses bietet einigen Spielraum für abweichende, konkretere oder weitergehende Regelungen, die im beiderseitigen Interesse liegen, sofern diese nicht unter dem Mindeststandard liegen. Die bisher abgeschlossenen Abkommen sind nicht identisch, sie weichen aber auch nicht wesentlich voneinander ab.

Fortsetzung von Seite 21

Wie verläuft die Abstimmung mit der Regierung?

Der Regierungschef – und über ihn die Regierung – wird von mir laufend über die Fortschritte in den Verhandlungen und über neue mögliche Verhandlungspartner informiert. Die grundsätzliche Strategie ist mit der Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 und den von der Regierung gesetzten Prioritäten vorgegeben. Eine strategische Abstimmung erfolgt aber auch mit den Verbänden im Rahmen von monatlich stattfindenden Sitzungen.

„Die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 ist ein Meilenstein und eine klare Bestätigung des Paradigmenwechsels.“

Wie werten Sie das doch recht rasante Tempo der Regierung in Bezug auf internationale Abkommen?

Das Tempo ist sicher beachtlich. Es ist aber unabdingbar, wenn sich Liechtenstein nicht in Kürze mit noch gravierenderen wirtschaftlichen Nachteilen konfrontiert sehen will. Der grundlegende globale Trend hin zu mehr steuerlicher Transparenz ist ja eine Entwicklung, die nicht über Nacht gekommen ist, sondern sich seit vielen Jahren abzeichnet. Liechtenstein hat bereits in den letzten Jahren einige Schritte in diese Richtung unternommen. Die Liechtenstein-Erklärung vom 12. März 2009 ist sicher ein Meilenstein und eine klare Bestätigung des Paradigmenwechsels. Diese Politik wurde aber bereits im Jahr davor eingeleitet.

Wie bereiten Sie die Entscheidungsvorlagen vor? Welche Punkte sind dabei wesentlich?

Wichtig ist, dass sich die abzuschliessenden Abkommen im Einklang mit den anerkannten Standards befinden. Gleichzeitig soll es zu einem Interessenausgleich kommen. Wir streben, wo immer und so rasch wie möglich, nicht nur Informationsaustauschabkommen, sondern auch Doppelbesteuerungsabkommen an, die den Interessen unserer Wirtschaft für die Zukunft Rechnung tragen und setzen uns für die Aufhebung von diskriminierenden nationalen Bestimmungen gegenüber liechtensteinischen Gesellschaften ein, wo solche vorhanden sind.

Was war Ihr spannendstes Erlebnis in den Verhandlungen?

Die spannendsten Momente sind immer diejenigen kurz vor einem Abschluss. Gelingt der Kompromiss oder geht es in eine weitere Runde.

Was war für Sie und Ihr Team ein eher unangenehmes Erlebnis?

Unangenehme Erlebnisse vergesse ich glücklicherweise rasch. Aber es gab schon ein paar recht unangenehme Erlebnisse, in denen wir mit harschen Vorwürfen in Bezug auf die bisherigen Geschäftspraktiken konfrontiert wurden.

Werden Sie in Liechtenstein bereits auf die ersten Verhandlungsergebnisse und Abkommen angesprochen und kritisiert oder auch beglückwünscht?

Ja sicher. Es gibt Lob und Erleichterung für den eingeschlagenen Weg. Aber auch Kritik, die ernst genommen werden muss und das tun wir auch. Allerdings muss man immer wieder betonen, dass der eingeschlagene Weg unumkehrbar ist.

Dr. Katja Gey

Dr. Katja Gey ist Koordinatorin für internationale Steuerverhandlungen der Liechtensteinischen Regierung. Zuvor war sie im Amt für Auswärtige Angelegenheiten für internationale Fragen im Zusammenhang mit dem Finanzplatz und der Kriminalitätsbekämpfung sowie für die Beziehungen zur EU und zur Schweiz verantwortlich. Dabei hat sie in verschiedenen Verhandlungen mitgewirkt, z.B. über den Schengen-Beitritt oder den Abschluss eines Betrugsbekämpfungsabkommens mit der EU. Katja Gey studierte Staatswissenschaften/Internationale Beziehungen an der Universität St. Gallen und schloss 2008 an der Universität Zürich ein Nachdiplomstudium zum internationalen Wirtschaftsrecht ab.



Wie treten die Vertreter der internationalen Delegationen heute gegenüber Liechtenstein auf?

Es gibt noch immer Vorurteile und falsche Vorstellungen, Zweifel, ob Liechtenstein es wirklich ernst meint oder ob das alles nur eine gute PR-Aktion ist. Im Rahmen der OECD und auch von vielen Ländern haben wir aber zunehmende Unterstützung und Anerkennung gefunden. Jeder Verhandlungsabschluss ist letztlich ein gegenseitiger Vertrauensbeweis. Es ist eine grosse Chance, mit einigen Ländern, mit denen die Beziehungen in der letzten Zeit doch etwas belastet waren, nun auf direktem und bilateralem Weg zusammenzuarbeiten. Wir meinen es ernst und es ist zentral, die Glaubwürdigkeit unserer neuen Politik immer wieder unter Beweis zu stellen. Auch mit einer raschen und guten Umsetzung der eingegangenen Verpflichtungen.

Bei 12 Abkommen wird auch Liechtenstein gemäss OECD-Vorgaben von der sogenannten „grauen Liste“ gestrichen. Wann erwarten Sie das?

Wir sind auf der Zielgeraden. Mit einer Reihe von Staaten und Jurisdiktionen stehen wir in Verhandlungen, die teilweise kurz vor dem Abschluss stehen. Ziel ist es, die erforderliche Anzahl von Abkommen so bald wie möglich in diesem Jahr zu erreichen. Aber natürlich nicht um jeden Preis. Der Inhalt muss stimmen, das Abkommen muss dem OECD-Standard entsprechen und unsere zentralen Interessen müssen gewahrt werden.

Werden darüber hinaus mit weiteren Länder TIEAs abgeschlossen, oder galt die Zahl zwölf sozusagen als „magisch“?

Mit dem Abschluss der zwölf Abkommen ist es noch nicht getan. Es ist ein erster wichtiger Meilenstein. Wir werden mit weiteren Staaten

verhandeln, jeweils auch mit dem Ziel, so bald wie möglich weitere Doppelbesteuerungsabkommen abzuschliessen. Dabei werden wir uns auf Staaten konzentrieren, mit denen eine Zusammenarbeit aus wirtschaftlichen, politischen und strategischen Gründen besonders sinnvoll und vorteilhaft ist. Der Verhandlungsabschluss mit der EU scheint greifbar, sofern die EU-internen Beratungen zum Ergebnis führen, dass diesem umfassenden Ansatz eines multilateralen OECD-konformen TIEAs gefolgt werden soll. Allerdings sind einzelne Punkte noch immer offen und müssen noch geklärt werden.

Welche Veränderungen wird dies für Liechtenstein mit sich bringen?

Für den Finanzplatz ist die notwendige Umstellung und die Konzentration auf neue Geschäftsmodelle eine grosse Herausforderung. Die Streichung von der „grauen Liste“ wird sicher einen unmittelbaren Reputationsgewinn haben. Zudem sind wir vor möglichen Sanktionen und weiteren steuerlichen Diskriminierungen, die aufgrund der fehlenden steuerlichen Kooperation gegenüber Liechtenstein angewendet werden, geschützt. Wir müssen die Abkommen zügig umsetzen und in der Praxis effizient anwenden und damit die Glaubwürdigkeit unserer Politik unter Beweis stellen. Im bald beginnenden Peer-Review-Prozess wird die Einhaltung der OECD-Standards überprüft. Dabei wird nicht nur die Anzahl Abkommen als Massstab gelten, sondern auch deren Inhalt und die praktische Anwendung.

Lissabon und Pittsburgh:

Das neue Europa

Die Finanzmarktkrise hat in Europa einen Regulierungsschub ausgelöst. Er fällt mit dem Inkrafttreten des Lissabonner EU-Reformvertrages zusammen. Das Momentum beider verstärkt die politische Handlungs- und Integrationsfähigkeit der EU und erhöht indirekt den Druck auf das legitime Bankkundengeheimnis.

von Johannes J. Schraner



Johannes J. Schraner

Das Europa der Europäischen Union erlebt einen Herbst der institutionellen, personellen und regulatorischen Erneuerung. Die damit sichtbare Dynamik ist für viele eine gewisse Überraschung und dürfte möglicherweise auch für den Finanzplatz Liechtenstein Folgen haben. Für Kenner von Krisen indes entspricht es einem historischen Muster: In der Not

rücken auch jene zusammen, die sich in guten Zeiten nicht unbedingt mögen. Das zeigt das Ergebnis des Referendums in Irland zum EU-Reformvertrag von Lissabon einmal mehr.

Durch Irland-Ja wieder handlungsfähig

Die Finanzmarktkrise hatte den „grünen Tiger“ in eine monetäre Situation gebracht, in der schon bald klar wurde, dass sie nicht mehr alleine zu bewältigen war. Das „Ja“ Irlands zum Lissabonner Vertrag ist deshalb keine Überraschung, sondern eine logische Konsequenz. Eine Konsequenz mit Folgen. Denn die Zustimmung aus Dublin macht den Weg endgültig frei für die institutionelle Reform der innerhalb weniger Jahre auf 27 Staaten angewachsenen Europäischen Union. Der Reformvertrag macht die EU wieder eigentlich handlungsfähig.

Nichtmitglieder wie Liechtenstein und die Schweiz dürften das früher und stärker spüren, als ihnen vielleicht lieb sein kann. Mit dem Vertrag von Lissabon werden die institutionellen Wege in Brüssel kürzer und damit schneller. Die EU-Kommission mutiert auf unspektakuläre Weise vom Verwaltungs- und Monitoringap-

parat sowie Stichwortgeber der Mitgliedstaaten zu einer Institution mit wachsendem eigenen politischen Gewicht. Auch die Kompetenzen der EU-Kommission werden neu definiert und erweitert. Sie ist der Integrationsmotor, der nie stillsteht und bislang auch keine gravierenden Pannen hatte. Die Kommission ist das institutionelle Herzstück der europäischen Idee.

„Der Reformvertrag macht die EU wieder eigentlich handlungsfähig.“

Neue Strukturen und Superministerien

Jede Veränderung dieses Zentrums ist ein Hinweis, wohin sich der Gesamtorganismus entwickeln kann. Gemäss Lissabonner Vertrag muss die Anzahl der Kommissare bis spätestens 2014 von bisher 27 auf 15 gesenkt werden. Der vom EU-Parlament bestätigte Kommissionspräsident Manuel Barroso hat mit dem Umbau seiner Grossbehörde bereits begonnen. Ein konkreter Hinweis, wie nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Integration Europas weiter voranschreiten wird, ist die Neustrukturierung der bisherigen Generaldirektion Aussenbeziehungen. Sie soll zu einem eigentlichen „service de politique extérieure“ ausgebaut werden. Mitarbeiter der neuen Super-Generaldirektion mit Ministeriums-Charakter sind nicht nur wie bisher Angestellte der Generaldirektion Aussenbeziehung der EU-Kommission, sondern auch solche des EU-Ministerrates sowie des bisherigen EU-Aussenbeauftragten Javier Solana. Darüber hinaus sollen sogar Mitarbeitende direkt von den Mitgliedstaaten entsandt werden. Im Reformvertrag ist zudem vorgesehen, dass die Aussenvertretungen

Druck auf Luxemburg und die Schweiz

Sowohl die noch amtierende EU-Kommission als auch der schwedische EU-Vorsitz treiben die Revision der seit Mitte 2005 gültigen Zinsbesteuerungsrichtlinie energisch voran. Angestrebt wird eine zügige Beschlussfassung der Wirtschafts- und Finanzminister bis Ende Jahr. Zum einen soll der Geltungsbereich unter anderem auf Versicherungsprodukte, Trusts und Gesellschaften ausgedehnt werden. Zum anderen soll die Zahlstelle neu definiert werden. Unabhängig davon läuft die Gültigkeit der Richtlinie 2003/48 EG Ende 2013 aus. Erklärtes Ziel von inzwischen 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten ist die Einführung des automatischen Informationsaustausches via EU-Zinsrichtlinie für alle. Luxemburg und Österreich können bisher noch von der Ausnahmeregelung Gebrauch machen, die die Erhebung einer Quellensteuer und damit die Wahrung des Bankkundengeheimnisses ermöglicht. Wie lange vor allem Luxemburg dem damit verbundenen grossen politischen Druck noch standhal-

ten kann, ist derzeit offen. Entscheidend für die Einführung des automatischen Informationsaustausches in Europa ist neben Luxemburg die Schweiz. Auf sie wird allerdings ebenfalls Druck ausgeübt. Das bisherige Angebot aus Brüssel gleicht der Wahl zwischen zwei Übeln. Entweder stimmt die Schweiz einer Revision des bilateralen Betrugsabkommens auf der Basis von Artikel 26 des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung von Doppelbesteuerung zu. Oder aber sie muss früher oder später den Abschluss eines separaten Steuerinformationsabkommens ebenfalls auf der Basis von Artikel 26 verhandeln. In beiden Fällen greift Artikel 10 Absatz 2 der Zinsrichtlinie, der den damit zwingenden Übergang Luxemburgs und Österreichs zum automatischen Informationsaustausch definiert. Damit wären auch Drittstaaten wie Liechtenstein und die Schweiz dazu verpflichtet.

der EU, wie zum Beispiel die bisherige Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein in Bern, völkerrechtlich als souveräner diplomatischer Dienst anerkannt werden. Kleinststaaten wie Liechtenstein und die Schweiz nicht unbedingt entspannt stimmen dürfte die Spekulation, dass der frühere EU-Aussenkommissar, der britische Erzkonservative Chris Patten, Chef der neuen Superbehörde werden könnte. Der letzte Gouverneur der ehemaligen Kronkolonie Hongkong konnte seine Durchsetzungskraft bereits zwischen 2000 und 2004 unter Barrosos Vorgänger Romano Prodi unter Beweis stellen.

Generaldirektion Finanzdienstleistungen geplant

Neben diesen unscheinbaren, aber für die Zukunft und den Zusammenhalt der EU entscheidenden institutionellen Verschiebungen lässt auch die geplante Ausgliederung des Bereiches Finanzdienstleistungen aus der bisherigen Generaldirektion Binnenmarkt aufhorchen. Sie bestand bisher unter anderem aus den Bereichen Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie Unternehmensrecht und geistiges Eigentum. Vorgesehen ist, sämtliche Bereiche der Finanzdienstleistungen inklusive Aufsichts- und Wettbewerbsfragen in einer neuen Generaldirektion zusammenzufassen.

Als designierte Kandidatin für die neue Generaldirektion Finanzdienstleistungen wird die bisherige französische Superministerin für Wirtschaft und Finanzen, Christine Lagarde, gehandelt. Die 53-jährige Rechtsanwältin und Politikerin zeichnet sich seit ihrem Amtsantritt 2007 durch eine eher kritische Haltung gegenüber den Banken aus. Der Schaffung des „gläsernen Bürgers“ und schutzloser Bankkunden ist sie mindestens nicht abgeneigt. Der Trend zur gläsernen Gesellschaft ist aber kein Zufall und hängt auch nicht von den Entscheiden einer einzigen Politikerin ab. Er

kommt vielmehr durch das Zusammenspiel einer schlecht verdichteten Regulierung und neuen technologischen Möglichkeiten zur Datenübertragung zustande.

Eine Verdichtung der europäischen Regulierung für Finanzdienstleister ist in jedem Fall absehbar. Und dies wird in relativer Unabhängigkeit zu den anstehenden Regulierungsentscheiden der US-Regierung gegenüber der Wall Street passieren. Das haben unter anderem die Ergebnisse des G20-Gipfels von Pittsburgh Ende September 2009 gezeigt. Der schwedische EU-Vorsitz hat die Antwort Europas auf die Finanzmarktkrise, den Plan „Larosière“, auf dem Gipfeltreffen selbstbewusst vertreten.

Neue europäische Finanzarchitektur

Die neue Finanzarchitektur in Europa sieht unter anderem eine Statusänderung der bisherigen grenzüberschreitenden Aufsichtskomitees für Banken, Versicherungen und Pensionsfonds sowie für den Wertpapierhandel vor. Die bisherigen Ausschüsse, wie das Committee of European Banking Supervisors (Cebis), das Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors (Ceioops) sowie das Committee of European Securities Regulators (Cesr), werden rechtlich zu EU-Agenturen hochdefiniert und damit aufgewertet. Im Weiteren ist die Schaffung eines neuen Europäischen Rates für Systemrisiken (ESRC) geplant. Der bei der Europäischen Zentralbank (EZB) anzusiedelnde Aufsichtsrat soll vor allem gefährliche Risikopotenziale von grenzüberschreitend wirkenden Systembanken frühzeitig erkennen. Als Vorsitzender des ESRC ist EZB-Präsident Jean-Claude Trichet vorgesehen.

Liechtenstein – dynamischer Fondsplatz im Herzen Europas

Der Fondsplatz Liechtenstein besteht erst seit knapp 15 Jahren. Mit dem Zugang zum europäischen Markt sowie dank Innovation und Professionalität verzeichnete er gerade in den letzten Jahren ein markantes Wachstum. Heute macht das in Liechtenstein verwaltete Fondsvermögen mit rund CHF 36 Mrd. einen stattlichen Anteil des gesamthaft in Liechtenstein verwalteten Vermögens aus. Ein Ende dieses Wachstumstrends ist – trotz Finanzkrise – nicht erkennbar. Im Gegenteil: Die Zeichen für die Zukunft stehen sehr gut.

von Urs Müller (Liechtensteinische Landesbank) und Simon Tribelhorn (LBV)



Urs Müller



Simon Tribelhorn

Im Vergleich zur Schweiz oder zu Luxemburg ist der Fondsplatz Liechtenstein noch jung. In den vergangenen Jahren hat sich Liechtenstein stark entwickelt und professionalisiert. Mit dem EWR-Beitritt 1995 schuf Liechtenstein die Möglichkeit, EU-kompatible Fonds aus Liechtenstein aufzulegen, und legte damit den Grundstein zu einem modernen, regulierten und anerkannten Fondsstandort. 1996 wurden die ersten Fonds in Liechtenstein gegründet. Die liechtensteinischen Banken bekannten sich von Anfang an klar zum eigenen Fondsstandort und wandelten viele ihrer bankinternen Sondervermögen in Publikumsfonds um. Im Jahr 2005 wurde das liechtensteinische Fondsrecht an die Regelungen der europäischen Fondsrichtlinie (UCITS III) angepasst.

Attraktiver Fondsplatz

Heute zeichnet sich der Fondsplatz Liechtenstein durch eine Vielzahl

von Gestaltungsmöglichkeiten und Rechtsformen aus. Zudem haben sich im Zusammenspiel zwischen der Fondsindustrie und der Finanzmarktaufsicht klare und speditive Prozesse zur Gründung und Bewilligung liechtensteinischer Fonds etabliert. Diese positiven Rahmenbedingungen verbunden mit einem hohen Anlegerschutz, einem stabilen Finanzplatz sowie einer niedrigen Steuerbelastung haben das Wachstum des Fondsplatzes ebenso stark beschleunigt wie die Bereitschaft zu innovativen Lösungen und einer seriösen und professionellen Geschäftsabwicklung.

„Die liechtensteinischen Banken bekannten sich von Anfang an klar zum eigenen Fondsstandort.“

Beeindruckendes Wachstum

Gemäss Statistik des liechtensteinischen Fondsverbandes hat sich das Volumen der in Liechtenstein domizilierten Fonds zwischen Dezember 2006 und Oktober 2009 von CHF 17,1 Mrd. auf rund CHF 36 Mrd. mehr als verdoppelt. Angesichts der aktuellen Finanzkrise und der Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten eine mehr als beachtliche Leistung. Zu dieser positiven Entwicklung haben massgeblich Fondspromotoren aus dem benachbarten Ausland, insbesondere aus der Schweiz beigetragen. Gerade

Was heisst UCITS IV?

UCITS steht für Undertakings of Collective Investment in Transferable Securities und bezeichnet EU-regulierte Anlage- bzw. Investmentfonds, die nach Anzeige bei der jeweiligen Aufsicht in allen EWR-Mitgliedsländern vertrieben werden dürfen. Die ursprüngliche Richtlinie aus dem Jahr 1985 wurde zwischenzeitlich bereits dreimal revidiert. Der letzten Revision, der sogenannten UCITS-IV-Richtlinie hat das EU-Parlament im Januar 2009 zugestimmt. Bis Mitte 2011 müssen die Vorgaben aus der Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. Im Zentrum der neuen Richtlinie stehen die folgenden Punkte:

1. Grenzüberschreitende Fondsfusionen sollen vereinfacht werden.
2. Der vereinfachte Verkaufsprospekt für Fonds, den es bereits in Ergänzung zum umfangreichen Hauptprospekt gibt, soll künftig in Form einer Kurzinformation (Key Investor Information, kurz KII) erscheinen und auch verständlich sein.

3. Es soll ein Regelwerk für sogenannte Master-Feeder-Fondsstrukturen eingeführt werden. Feeder sind eigenständige Unterfonds, die in einen Master-Fonds investieren. Gesellschaften können dann die Vermögenswerte der einzelnen Feeder, die beispielsweise unterschiedliche rechtliche Ausgestaltungen haben, kostengünstig in einem Master-Fonds poolen.

4. Den EU-Pass soll es künftig nicht nur für Fonds, sondern auch für Gesellschaften geben. Bislang müssen diese in dem Land, in dem sie Fonds auflegen, eine voll funktionierende Verwaltungsgesellschaft besitzen. Diese Anforderung soll entfallen. Eine liechtensteinische Fondsgesellschaft könnte dann beispielsweise auch Luxemburger Fonds auflegen.

5. Bislang mussten Fondsgesellschaften zwei Monate warten, bis sie einen neu aufgelegten Fonds auch im EU-Ausland vertreiben konnten. Diese Wartezeit soll verkürzt werden.

in jüngster Zeit wird der Fondsstandort Liechtenstein vermehrt von grossen institutionellen Fondsanbietern als Plattform für ihre auf die europäischen Absatzmärkte ausgerichtete Fondspalette genutzt.

Neue Chancen in einem dynamischen Umfeld

Schon bald werden die Rahmenbedingungen für die liechtensteinische Fondsindustrie nochmals erheblich verbessert. Der Grund dafür liegt in zwei europäischen Richtlinien. Zum einen handelt es sich dabei um die UCITS-IV-Richtlinie, welche die Voraussetzungen für die Errichtung, das Management und den Vertrieb von EU-kompatiblen Fonds, sogenannten UCITS, festlegt. Für die Anleger wird vor allem die Einführung der sogenannten „Key Investor Information“ von Nutzen sein. Für den Fondsstandort Liechtenstein dürfte sich besonders der geplante EU-Pass für Fondsverwaltungsgesellschaften sehr positiv auswirken. Zum anderen wird aktuell der Richtlinienentwurf der EU-Kommission für die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM) intensiv diskutiert. Darin ist unter anderem ein neuer EU-Pass für die Verwalter von sogenannten „Alternative Investment Funds“ beziehungsweise für den gesamten Non-UCITS-Bereich geplant. Mit der vorgesehenen AIFM-Richtlinie kann Liechtenstein seine Attraktivität als Standort für Verwaltungsgesellschaften, für Vermögensverwalter und natürlich für sämtliche Fonds aus dem Non-UCITS-Bereich erheblich steigern und künftig als „Hub“ für alternative Investments in Europa dienen.

Gut gerüstet in die Zukunft

Um den Fondsplatz auf die anstehenden Herausforderungen optimal vorzubereiten, hat die Regierung am 12. Oktober 2009 die Ausarbeitung eines Projektes „Fondsplatz Liechtenstein 2011“ beschlossen. Durch die rasche und praxisorientierte Umsetzung der neuen EU-Richtlinien sowie durch Implementierung weiterer, gezielter Optimierungen soll die erfolgreiche Entwicklung des Fondsplatzes Liechtenstein auch in Zukunft sichergestellt werden. In diesen Prozess werden sowohl die Regulierungs- und Aufsichtsbehörden als auch die Marktteilnehmer eingebunden.

Die wichtigsten Vorteile des liechtensteinischen Fondsplatzes auf einen Blick:

- diskriminierungsfreier und einfacher Zugang zum europäischen Markt
- Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten und Rechtsformen
- speditive Prozesse zur Gründung und Bewilligung der liechtensteinischen Fonds
- hoher Anlegerschutz
- stabiler Finanzplatz

AIFM

Bezeichnet den am 30. April 2009 von der EU-Kommission präsentierten Entwurf einer Richtlinie für Alternative Investment Funds Manager. Ziel der vorgeschlagenen Richtlinie ist es, einen umfassenden regulatorischen Rahmen für diese AIFM auf europäischer Ebene zu schaffen und eine effektive Aufsicht sicherzustellen. Zu diesem Zweck sieht der Richtlinienentwurf eine Bewilligungspflicht für Manager von alternativen Investmentfonds mit Sitz in einem EU- oder EWR-Mitgliedstaat vor. Neben diesen werden auch sämtliche anderen Anlagestrategien, welche

heute nicht von der UCITS-Richtlinie abgedeckt werden, erfasst. Unter die AIFM fallen somit sämtliche Non-UCITS-Fonds wie Hedgefonds, Private Equity Fonds, Infrastrukturfonds, etc. Die Richtlinie bezieht sich jedoch nur auf solche Fonds, die professionellen Investoren angeboten werden. Nicht vorgesehen ist eine Bewilligungspflicht für die Fonds selbst, was einen Paradigmenwechsel im europäischen Fondsrecht darstellt. Ebenso sieht der Richtlinienentwurf keine Anlagevorschriften vor.

Fortsetzung von Seite 27

Liechtensteins Fondsarchitektur

(Quelle: Liechtensteinische Landesbank)

EU-Kompatibilität	Fondstypus	Rechtsform	Anlagekategorie
 UCITS	Fonds für Wertpapiere	Anlagefonds (Trust)	Publikumsfonds
 Non-UCITS	Fonds für andere Werte Fonds für andere Werte mit erhöhtem Risiko Immobilienfonds	Anlagegesellschaft (SICAV)	Fonds für qualifizierte Anleger
Einzelfonds	Segmentierte Fonds	Dachfonds	Anteilsklassen

„Eile ist nicht der Boden, auf dem Vertrauen wächst“

Ruth Egeter-Woerz hat vor fast zehn Jahren die Bank Vontobel (Liechtenstein) AG in Vaduz aufgebaut. Über die Anfänge, die Bedeutung eines guten Teams und die Besonderheiten auf dem Liechtensteinischen Finanzplatz sprach sie mit dem BANKENMAGAZIN.

Interview mit Ruth Egeter-Woerz

Frau Egeter-Woerz, Sie haben die Bank Vontobel (Liechtenstein) AG von Beginn an als Vorsitzende der Geschäftsleitung geführt. Haben Sie die Ziele erreicht, die Sie sich im Jahr 2000 gesteckt haben?

Ja, wir haben den Businessplan von Anfang an erfüllt. Ein neuer Markteintritt ist jedoch sehr arbeitsintensiv. Der Aufbau war schwieriger und arbeitsintensiver, als ich es mir vorgestellt hatte, trotzdem hat es geklappt. Ich hatte das Glück, die richtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit an Bord zu haben.

„Ich arbeite mit wenigen Leuten, dafür aber mit den richtigen.“

Was hat Sie gereizt, diese Aufgabe zu übernehmen?

Die Herausforderung, eine neue Bank in Liechtenstein aufzubauen. Die Bank als Unternehmen hat mich immer schon sehr interessiert. Ein funktionstüchtiges Bankensystem, in welches Investoren und Kunden Vertrauen haben können, ist für jede Volkswirtschaft unabdingbar. Ich arbeitete damals bei der Vontobel-Gruppe in Zürich und ich war überzeugt, dass die Kombination einer renommierten Schweizer Privatbank mit dem Finanzplatz Liechtenstein eine äusserst gute Verbindung ist. Ich habe dann diese Gelegenheit wahrgenommen und die Bank zusammen mit einem kleinen Team sprichwörtlich auf der grünen Wiese aufgebaut.

Mit welchen Grundsätzen haben Sie 2000 Ihre Aufgabe in Liechtenstein begonnen?

Eine Bank mit viel Herzblut aufzubauen, bei welcher sich die Kunden wohlfühlen und professionell betreut werden. Dank der Unterstützung der Vontobel-Gruppe konnten wir unseren Kunden von Beginn an hochwertige Dienstleistungen anbieten.

Wie würden Sie Ihren Führungsstil bezeichnen?

Diese Beurteilung sollten wohl eher meine Mitarbeiter vornehmen. Ich pflege einen offenen Führungsstil. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können jederzeit ihre Ideen einbringen. Gleichzeitig ist für die permanente Verbesserung auch der Umgang mit Kritik wichtig. Entscheidend ist für mich das Miteinander, jeder hilft jedem, und zwar auch abteilungsübergreifend. Ich arbeite mit wenigen Leuten, dafür aber mit den richtigen. Es ist bei uns selbstverständlich, dass man gute, sorgfältige Arbeit leistet und sich auf die Kundenbedürfnisse fokussiert.

In den letzten Jahren hat sich in Liechtenstein viel verändert. Wie nehmen Sie die Veränderungen wahr?

Es hat sich generell viel verändert, nicht nur in Liechtenstein. Aus der Finanzkrise wurde eine weltweite Wirtschaftskrise, welche auch unser Land stark zu spüren bekommt. Volkswirtschaften sind eben heutzutage keine Inseln mehr. Es besteht ein enger internationaler Konjunkturzusammenhang. Auf der anderen Seite erwachsen aus jeder Krise auch wieder neue Chancen. Die Abkehr vom Gigantismus ist für unser kleines Land nur

Fortsetzung von Seite 29

förderlich. Grösse per se hat ausgedient. Es gilt, wieder zurückzukehren zu den alten Tugenden wie Korrektheit, Fleiss und der Anständigkeit. Zusammen mit der politischen und währungsmässigen Stabilität unseres Finanzplatzes werden wir auch in Zukunft erfolgreich bestehen können.

„Gerade in Krisenzeiten zahlt es sich aus, nicht alle möglichen Geschäfte getätigt zu haben.“

In den letzten Jahren konnte der Finanzplatz einige Turbulenzen erleben: genannt seien Steuerdebatte und die weltweite Finanzkrise. Die Bank Vontobel (Liechtenstein) AG scheint diese unbeschadet überstanden zu haben. Was ist Ihr Erfolgsrezept?

Es leiden natürlich alle unter der Finanzkrise und unter der sehr emotional geführten Steuerdebatte. Dies war auch für Vontobel, wie für alle Banken, spürbar. Die stetige erfreuliche Geschäftsentwicklung bestätigt aber die vorsichtige Anlagepolitik der Vontobel-Gruppe. Gerade in Krisenzeiten zahlt es sich aus, nicht alle möglichen Geschäfte getätigt zu haben. Die Bank lebt eben auch von den schlechten Geschäften, welche sie nicht macht. Zudem haben wir ein sehr stringentes Kostenmanagement seit Beginn unserer Tätigkeit. Dies hilft uns jetzt, auch in schwächeren Jahren gewinnbringend zu

arbeiten, auch wenn der Reingewinn etwas kleiner ausfallen sollte als auch schon.

Was macht die Bank Vontobel (Liechtenstein) AG für Sie einzigartig? Vaduz liegt ziemlich genau zwischen den Hauptmärkten der Vontobel-Gruppe Zürich, Genf, München, Salzburg, Wien. Was macht den Standort Liechtenstein zwischen diesen Metropolen einzigartig?

Es braucht ein Zusammenspiel von verschiedenen Faktoren. Zum einen bietet Liechtenstein mit seinem schlank aufgestellten, bürgerorientierten Staatswesen eine stabile Rechts- und Sozialordnung sowie eine traditionell liberale Wirtschaftsordnung. Dies ist der Nährboden für das Unternehmen. Das Unternehmen selbst benötigt die guten langjährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche sich über Jahre das Vertrauen der Kundschaft erarbeiten. Vertrauen benötigt jedoch Zeit, viel Zeit, denn bekanntlich ist Eile nicht der Boden, auf welchem Vertrauen wächst. Wir bemühen und bemühen uns intensiv seit Beginn, unseren Kunden in jeglicher Hinsicht ein professioneller Partner zu sein. Wir haben es geschafft, dass unser Team in der Vontobel-Gruppe Vorbildcharakter hat. Gegenüber den Metropolen, welche sie oben aufgeführt haben, haben wir hier im Land noch einen entscheidenden Vorteil. Unsere Arbeitswege sind sehr kurz, das heisst, die Arbeitsproduktivität der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist wesentlich höher, ebenso die Lebensqualität, da man abends noch genügend Zeit hat, sich seinen Freizeitaktivitäten zu widmen.

Ruth Egeter-Woerz

Ruth Egeter-Woerz begann ihre Laufbahn in der Finanzindustrie mit einer kaufmännischen Lehre. Nach einer Ausbildung zur eidg. dipl. Bankexpertin in St. Gallen arbeitete sie zunächst als Anlageberaterin. 1989 bis 1991 absolvierte sie die Swiss Banking School in Zürich. 1999 wechselte sie zur Bank Vontobel AG, Zürich, wo sie als stellvertretende Direktorin im Bereich Private Banking Overseas tätig war. 2000 baute sie die Bank Vontobel (Liechtenstein) AG in Vaduz auf, die sie seither als Vorsitzende der Geschäftsleitung führt.



Auf dem Bankenplatz Liechtenstein sind Sie die einzige Frau in der Position der Geschäftsvorsitzenden. Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass sich in der Zukunft noch mehr Frauen in derartigen Positionen finden?

Dies wird sicher in Zukunft immer mehr der Fall sein. Die Frauen von heute sind sehr gut ausgebildet und trauen sich auch mehr zu. Wichtig ist aber nach wie vor, dass man Freude am Job hat und bereit ist, seine Ziele konsequent zu verfolgen.

„Die Abkehr vom Gigantismus ist für unser kleines Land nur förderlich.“

Wie entspannen Sie sich in Ihrer Freizeit?

Ich habe vor ein paar Jahren vom Tennis zum Golf gewechselt und bin sehr begeistert von dieser Sportart. Es ist eine echte Herausforderung, bis man zuerst nur einmal den Golfball in die Luft kriegt und die Regeln halbwegs versteht. Aber wenn man einmal so weit ist, dass man auf dem Platz spielen darf, wird man für die Mühe belohnt. Aber auch Wandern, Jassen, interessante Bücher lesen oder einfach mit der Familie oder guten Freunden zusammensitzen genieße ich sehr. Das Fernsehen habe ich schon vor Jahren auf ein Minimum reduziert, zugunsten von mehr Bewegung. Dies war eine ausgezeichnete Idee. Ich fühle mich heute fitter als vor 10 Jahren.

Wie lässt sich Ihre verantwortungsvolle Position mit dem Privatleben vereinen?

Eine gute Work-Life-Balance zu finden, ist nicht immer einfach. Wichtig ist jedoch, dass der Partner bzw. die Familie hinter einem steht, ansonsten wird es auf die Länge sehr schwierig. Dann gilt es, vor allem Prioritäten zu setzen. Dies lernt man aber automatisch mit der Erfahrung.

Welche Pläne haben Sie für die Zukunft?

Die Bank zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen erfolgreich weiterzuführen.

Wo machen Sie am liebsten Ferien?

Ich fliege sehr gerne in den Süden, vor allem während der Wintermonate. Reiseziele wie die Karibik, Mauritius oder der ferne Osten eignen sich sehr gut, um der Kälte und der Dunkelheit unseres mitteleuropäischen Winters etwas zu entkommen und Sonne aufzutanken.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, welchen würden Sie sich erfüllen?

Ich würde mir weiterhin gute Gesundheit wünschen und eine Portion Glück, die kann man immer gebrauchen. Den Rest kann und muss man sich selbst erarbeiten.

Nachgeschlagen

Ausblick = Möglichkeit zum Hinschauen

auch: Blick, Fernblick, Fernsicht, Gegend, Panorama, Rundblick, Sicht, Überblick, Bild

Ausblick = Möglichkeit für die Gestaltung oder Entwicklung der Zukunft

auch: Chance, Erwartung, Hoffnung, Perspektive, Gelegenheit, Zuversicht, Wahrscheinlichkeit



Zitiert

*Was die Zukunft betrifft, so ist deine Aufgabe nicht, sie vorauszu-
sehen, sondern sie zu ermöglichen.*

Antoine de Saint-Exupéry

*Das Dumme an Gelegenheiten ist, dass sie jedes Mal viel grösser
aussehen, wenn sie vorüber sind.*

Unbekannt

*Was ist das Schwerste von allem? Was dir am leichtesten scheint:
Mit den Augen sehen, was vor dir liegt.*

Johann Wolfgang von Goethe

*Im Leben gibt es etwas Schlimmeres als keinen Erfolg zu haben:
Das ist, nichts unternommen zu haben.*

Franklin D. Roosevelt

*Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern
auch für das, was man nicht tut.*

Laotse

„Ausblick“

Nacherzählt

Es war einmal ein König, der auf der Jagd war und sich mit seinem Gefolge in ein Waldstück begab, das er noch nie vorher betreten hatte. Der Ort hätte sich nicht wesentlich von anderen Orten unterschieden, wenn nicht auf ganz vielen Baumstämmen eine Zielscheibe aufgezeichnet gewesen wäre. Genau in der Mitte jeder dieser Zielscheiben steckte ein Pfeil. Dies zeugte von höchster Treffsicherheit eines Schützen. Der König wollte wissen, wer all diese Pfeile abgeschossen hatte, aber niemand wusste es. Dem König war klar, dass ein Bogenschütze mit einer solchen Treffsicherheit als Leibwächter grösstmögliche Sicherheit für ihn garantieren könnte, und er befahl, den Schützen ausfindig zu machen und ihn zu ihm zu bringen – falls nötig auch mit Gewalt.

Am nächsten Tag wurde dem König ein junger Mann im Alter von ungefähr 15 Jahren vorgeführt. Der König wollte vom Jüngling wissen, ob er tatsächlich all diese Pfeile abgeschossen habe. „Es stimmt, ich habe die Pfeile geschossen“, antwortete der Junge. „Alle?“, vergewisserte sich der König. „Jeden einzelnen“, sagte der Jüngling. „Wie kommt es, dass du immer genau ins Zentrum triffst? Wo hast du das gelernt?“, wollte der König wissen. „Das ist ganz einfach“, meinte der Junge, „ich schiesse zuerst den Pfeil auf den Baum und male dann die Zielscheibe um den Pfeil herum.“

Impressum

Das BANKENMAGAZIN ist eine Publikation des
Liechtensteinischen Bankenverbandes. Es erscheint vierteljährlich.
V.f.d.I. Michael Lauber, Geschäftsführer
Liechtensteinischer Bankenverband
Austrasse 46, 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein
T: +423 230 13 23, F: +423 230 13 24
info@bankenverband.li, www.bankenverband.li

